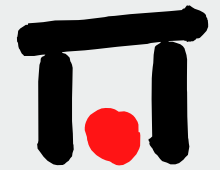


# Ambulante Hilfe e.V. Arbeitsbericht Nr. 35



Ambulante Hilfe e.V. hilft Menschen in Armut und Wohnungsnot  
Kreuznacher Str. 41a 70372 Stuttgart Tel. 0711/520 4545 0

**Diakonie**



**2019** Schwerpunktthema:  
»Teilstationäre Einrichtung  
Tunnelstraße 18«

***www.ambulantehilfestuttgart.de***

Herausgegeben vom MitarbeiterInnenteam der  
Ambulanten Hilfe e.V.  
November 2015  
Kreuznacher Straße 41a  
70372 Stuttgart  
Tel: 0711/ 520 45 45-0  
Fax: 0711/ 520 45 45-40  
Mail: [info@ambulantehilfestuttgart.de](mailto:info@ambulantehilfestuttgart.de)  
[www.ambulantehilfestuttgart.de](http://www.ambulantehilfestuttgart.de)

Spendenkonto:  
Landesbank Baden Württemberg  
Kontonummer: 1155002  
BLZ: 600 501 01

IBAN: DE18 6005 0101 0001 1550 02  
BIC/SWIFT: SOLADEST600

Gestaltung und Fotos: Manfred E. Neumann  
Fotos S. 20-28: Manuel Borrego Beltran, Christoph Lakner

Druck: UWS Druck Stuttgart



**Diakonie** 

- 4 Wer wir sind**
- 8 Themenschwerpunkt:  
Teilstationäre Einrichtung Tunnelstraße 18**
- 16 Fallbericht Herr S.**
- 18 Fallbericht Herr G.**
- 20 Politische Bildungsreise nach Berlin**
- 28 Bundesverdienstkreuz für Mitarbeiterin**
- 29 Internetauftritt erneuert**
- 30 Diakonieparade**
- 32 Das Team im Bild**
- 34 Statistik**
- 40 Erinnerung an unsere verstorbenen Klienten**
- 42 Wohnungsprobleme 2012 - 2015  
– »Gut, dass wir darüber geredet haben«**
- 52 Toilettenbenutzung am Bahnhofsvorplatz**
- 53 Dank an alle Spender**
- 54 Die Ambulante Hilfe e.V. in der Presse**

## **Wer wir sind**

Wir sind ein gemeinnütziger Verein, der Menschen hilft, die obdachlos geworden sind, Angst um ihre Wohnung haben und sozial ausgegrenzt sind. Uns gibt es seit 1977. Wir sind Mitglied im Diakonischen Werk Württemberg und in der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe. Außerdem sind wir Mitgesellschafter bei der Neuen Arbeit gGmbH. Wir sind ein Team von 21 SozialarbeiterInnen (auf 15 Stellen). Ein Betriebswirt und ein technischer Mitarbeiter, die für unsere Immobilien zuständig sind. 3,6 Verwaltungskräften sowie PraktikantInnen und zwei Bufdis.

## **Was wir tun**

Wir beraten und betreuen in direktem Kontakt, von Mensch zu Mensch. Wir beraten kompetent, kostenlos und ohne lange Wartezeiten. Bei persönlichen Notlagen, bei sozialen Schwierigkeiten und Wohnungsverlust helfen wir schnell und unbürokratisch. Wir helfen beim Beantragen von Sozialleistungen, bei der Arbeitssuche, bei Problemen mit Schulden oder Gericht. Wir vermitteln kurzfristige Unterkünfte und langfristige Wohnmöglichkeiten. Wir begleiten die Hilfe Suchenden bei Bedarf zu Ämtern, zum Arzt, in seelischen Notlagen. Wir informieren über weitergehende Hilfsmöglichkeiten und Beratungsangebote.

## **Was wir wollen**

Wir wollen Menschen helfen, die in wirtschaftliche und soziale Not geraten sind, ihre Lage zu verbessern. Wir legen Wert darauf, mit den Hilfe Suchenden zusammenzuarbeiten, ihre eigenen Fähigkeiten und Entscheidungen zu fördern und dadurch ihre Selbsthilfekräfte zu stärken. Wir wollen durch ein breit gefächertes Hilfeangebot erreichen, dass die Betroffenen gesellschaftlich wieder Fuß fassen.

## **Wie wir arbeiten**

Wir sind selbstverwaltet organisiert. Bei uns entscheidet das Team. Dadurch sind die Entscheidungswege kurz und der Verwaltungsaufwand gering. Wir arbeiten eng zusammen mit Kirchengemeinden und anderen sozialen Einrichtungen in Bad Cannstatt und in anderen Stadtteilen Stuttgarts. Wir wollen die lokale Sozialpolitik im Sinne unserer Klienten mitgestalten. Wir leisten eine Aufgabe nach den §§67ff SGB XII. Dafür erhalten wir von der Stadt Stuttgart einen pauschalen Festbetrag. Einen Eigenanteil von rund 100.000 Euro jährlich müssen wir aus Spenden und Bußgeldern aufbringen. Für unsere Arbeit brauchen wir deshalb auch in Zukunft mehr denn je die Unterstützung durch Spenderinnen und Spender.

Eine Spende an die Ambulante Hilfe e.V. ist Hilfe, die ankommt. Durch das Fehlen eines bürokratischen »Wasserkopfes« und vergleichsweise wenig Verwaltungsaufwand kommen Spendengelder direkt dort an, wo sie gebraucht werden: bei der Arbeit für Menschen in Armut und Wohnungsnot.

## **Wir schaffen Wohnraum**

Seit den 80er Jahren bauen wir Sozialwohnungen. Mit den Fördermitteln des sozialen Wohnungsbaus haben wir insgesamt 143 Ein-, Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen in 14 Projekten erstellt. Damit schaffen wir Wohnraum für ca. 187 Männer, Frauen und Kinder. Außerdem haben wir vier Wohnungen angemietet.

## **Wir bieten Wohnmöglichkeiten**

Die »Tunnelstraße 18« in Feuerbach bietet als teilstationäre Einrichtung befristete Wohnmöglichkeiten für 26 alleinstehende Männer. Die Ein-Zimmer-Appartements sind mit Kochnische ausgestattet und möbliert. Zwei Sozialarbeiter stehen wochentags für Beratung und Betreuung zur Verfügung.

## **Wir beraten in der Regionalen Fachberatungsstelle**

Die Regionale Fachberatungsstelle (RFB) ist eine von drei regionalen Fachberatungsstellen in Stuttgart. Hier beraten wir Männer ab 25 Jahren, die in Bad Cannstatt, Stuttgart Ost oder den Neckarvororten angemeldet sind. Außerdem beraten wir Männer ohne Meldung in Stuttgart, deren Nachname mit den Buchstaben R – Z beginnt. Zur Beseitigung aktueller Notlagen bieten wir unsere Hilfe kurzfristig an. Wir versuchen dann längerfristig, gemeinsam mit den zu Beratenden, ein passgenaues Hilfeangebot zu finden. Nicht zuletzt beraten wir auch zur Erhaltung bestehenden Wohnraums, wenn dieser in Gefahr ist. Die Beratung für die Hilfe Suchenden dauert teilweise nur ein paar Wochen, andererseits nehmen aber auch viele Menschen unsere Beratungs- und Hilfeangebote über Jahre in Anspruch.

## **Wir beraten im MedMobil**

Immer wieder wird festgestellt, dass Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten nicht ausreichend medizinisch versorgt werden. Darum hat die Ambulante Hilfe zusammen mit Ärzten der Welt e.V. sowie der Landeshauptstadt Stuttgart und den anderen freien Trägern der Wohnungsnotfallhilfe das Projekt MedMobil geplant

und aufgebaut. Finanziert wird es über eine Erbschaft an die Stadt Stuttgart, welche Ende 2015 ausläuft. Der Beschluß über eine mögliche Regelfinanzierung ab dem Haushaltsjahr 2016 erfolgt ebenfalls Ende 2015. Mit dem MedMobil, einem umgebauten Ambulanzbus, werden regelmäßig öffentliche Plätze und Einrichtungen angefahren, an denen sich Menschen in schwierigen Lebenssituationen aufhalten. Mediziner\_innen, medizinische Assistent\_innen und Sozialarbeiter\_innen bieten medizinische Basisversorgung, präventive Aufklärung, psychosoziale Beratung sowie bei Bedarf Vermittlung in das soziale Hilfesystem oder das Gesundheitssystem an. Das Projekt wird von drei Sozialarbeiter\_innen begleitet und koordiniert, die medizinischen Aufgaben werden ausschließlich von ehrenamtlich tätigen Ärzt\_innen sowie medizinischen Assistent\_innen übernommen. Ohne deren Engagement wäre dieses Angebot nicht möglich. Ein Ziel des Projektes ist, wohnungslosen und armen Menschen den Zugang in das bestehende Gesundheitssystem zu ermöglichen oder zu erleichtern.

### ***Wir sind Trägerin der Zentralen Frauenberatung***

In Kooperation mit dem Caritasverband für Stuttgart e.V. und der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart e.V. bieten wir seit dem Jahr 2000 ein eigenes Beratungsangebot für Frauen in Armut und Wohnungsnot in der Hauptstätterstr. 87 an.

Hilfe suchende Frauen finden hier ein Beratungsangebot in einer geschützten Umgebung. Die Beratung findet ausschließlich durch weibliche Fachkräfte statt. Die Mitarbeiterinnen kennen frauenspezifische Lebenslagen und suchen gemeinsam mit den Hilfe suchenden Frauen nach Lösungen für ihre problematische Situation.

### ***Wir bieten Betreutes Wohnen und Begleitetes Wohnen***

Wir betreuen und beraten Frauen und Männer im Individualwohnraum und unterstützen sie beim Erhalt ihres Wohnraumes oder beim Einzug in eine neue Wohnung. Wir helfen bei der Organisation ihres Alltages, beim Umgang mit Behörden, bei Problemlösungen im persönlichen Bereich und in Krisensituationen. Dabei berücksichtigen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Beratung die unterschiedlichen Lebenssituationen und

Interessen von Männern und Frauen. Wir wissen, dass sie unterschiedlich geprägt sind und deshalb in Notsituationen unterschiedliche Hilfeangebote benötigen.

### ***Wir betreiben ein Sozialhotel***

In besonderen Notfällen werden obdachlose Menschen vom Sozialamt in einfachen Pensionen/Hotels untergebracht. Das sind zum einen Menschen, die noch nicht zur »Obdachlosenszene« gehören, zum anderen sind es Menschen, die schon viele Einrichtungen durchlaufen und bislang nicht passend untergebracht werden konnten. Z.B. Menschen mit psychiatrischen Krankheitsbildern und/oder Suchtproblemen. Als Betreiber sorgen wir für menschenwürdige Wohnverhältnisse, die sich in der qualitativen Ausstattung der Zimmer, dem Einbau von Stockwerksküchen, dem professionellen Reinigungsdienst, Unterstützung durch Hausmeister etc., auszeichnen. Unsere zwei Fachkräfte vor Ort achten u.a. auf den Kontakt zu der zuständigen Fachberatungsstelle. Dadurch sind die Bewohnerinnen und Bewohner nicht sich selbst überlassen. Einem Abrutschen in schwierigere soziale Verhältnisse kann so oftmals vorgebeugt werden.

### ***Wir gehen auf die Straße***

Menschen in Not werden dort aufgesucht, wo sie sich aufhalten. Seit 2005 machen wir ein Streetwork-Projekt in Bad Cannstatt, bei dem Sozialpsychiatrie und Wohnungsnotfallhilfe zusammenarbeiten. Dieses interdisziplinäre Hilfsangebot ist bundesweit das erste seiner Art. Nach langjährigem politischem Kampf ist mittlerweile die Fortführung dieser wichtigen und effektiven Arbeit gesichert.

### ***Wir bieten Raum für Treffs und Kontakte***

Das Café 72 ist eine Tagesstätte für Menschen mit und ohne Wohnung. Ein großer freundlicher Raum für Nichtraucher und ein kleines Raucherzimmer bieten die Möglichkeit zum Ausruhen, Aufwärmen, Unterhalten und Wohlfühlen. Im Vordergrund der Caféarbeit steht das Prinzip der »Hilfe zur Selbsthilfe«. So ermöglicht unsere breite Angebotspalette den Besucherinnen und Besuchern, verschiedene zum Tagesablauf eines Menschen gehörende Bedürfnisse und Tätigkeiten zu befriedigen. Dabei ist es unser Grundsatz, dass die Besucherinnen und Besucher selbst mitgestalten können und somit auch für den Ablauf des Cafébetriebs mitverantwortlich sind.

## **Ein Blick zurück: Wie kommt eine Ambulante Beratungsstelle zu einer teilstationären Einrichtung?**

Die Grundidee, die zur Gründung der Ambulanten Hilfe e.V. führte, war es, den Betroffenen genau die Hilfe anzubieten, die sie tatsächlich benötigen und die genau für den jeweiligen Einzelfall maßgeschneidert ist. Dass der Bedarf und die Art der Hilfe bei jedem Menschen unterschiedlich ist, liegt nahe. So benötigt jemand, der schon viele Jahre auf der Straße lebt und gesundheitlich stark beeinträchtigt ist, vielleicht eine Unterkunft, bei der er eine Rundumversorgung erhält, die Verpflegung, Reinigung, Gesundheitsfürsorge, Betreuung und Beratung einschließt, um langsam wieder auf einen Stand zum kommen, der ihm weitere Schritte zu Verselbständigung ermöglicht. Oder wenigstens eine Ver-

schlimmerung der momentanen Situation verhindert. Diese Art der Hilfe wird Vollstationär genannt und war vor der Gründung der Ambulanten Hilfe e.V. nahezu die einzige Hilfeform für wohnungslose Menschen. Eine andere Person benötigt möglicherweise lediglich eine regelmäßige und gute Beratung und Unterstützung, die dabei hilft, Wohnraum zu finden, die jeweils vorhandenen Problemlagen zu bearbeiten und einen Einstieg in die »Normalisierung« der Lebenslage zu erreichen. Diese Hilfeform wird als ambulante Fachberatung bezeichnet und wurde durch die Ambulante Hilfe e.V. 1977 eingeführt. Sie hat sich seitdem bundesweit zum Standard entwickelt. Ein anderer ist vielleicht noch in der Lage, ein Zimmer selbständig zu bewohnen, seine Wäsche selbst zu waschen und sich selbst zu verpflegen, benötigt jedoch persönliche Hilfe vor Ort. Diese Hilfe kann sehr unterschiedlich gestaltet sein, von der konkreten Anleitung und Unterstützung bei allen Tätigkeiten, die das Wohnen betreffen, wie auch Beratungsgespräche, die im persönlichen Bereich angesiedelt sind, bis hin zur Geldverwaltung. Diese Hilfeform wird Teilstationär genannt. Wie oben bereits erwähnt, entstand die Ambulante Hilfe e.V. in den 70er Jahren als Gegenmodell zu den damaligen vollstationären Hilfen. Wie kam es nun, dass diese Widerständler gegen alles



Tunnelstraße 1987



Arbeitsprojekt 1987



Tunnelstraße 2015

Stationäre, plötzlich selbst eine teilstationäre Einrichtung haben wollten? Die Entwicklungsschritte lassen sich als pragmatisch bezeichnen:

Die Anfangsphase der Ambulanten Hilfe e.V. war geprägt durch eine starke Dynamik. Einerseits wollte man dem ambulanten Ansatz entsprechend Hilfen anbieten, die dem Bedarf der Betroffenen entsprachen. Wohnungslosigkeit sollte durch die Schaffung von Wohnraum bekämpft werden. Da die meisten Wohnungslosen aber auch arbeitslos waren, gründete die AH ein eigenes Arbeitsprojekt. Ein geeignetes Objekt, in dem diese beiden Hilfeformen zum Tragen

kommen sollten, war auch bald gefunden, nämlich ein ehemaliges Arbeiterwohnheim einer Baufirma in Stuttgart Feuerbach. Dieses sollte erworben und mit dem eigenen Arbeitsprojekt in Wohnraum umgewandelt werden. Als zusätzlicher Effekt sollte diese Immobilie bei der Bank als Sicherheit dienen, um die Regelmäßigkeit der Gehaltszahlung der Mitarbeitenden der AH sicherzustellen. Die Ambulante Hilfe e.V. verfügte zu dem Zeitpunkt noch über keinerlei Reserven und die Auszahlung der Gehälter war nicht immer gesichert. Und so wurde das Gebäude im Jahr 1980 mit Mitteln der Glücksspirale erworben.

Leider wurde das Haus schnell von Aktivisten der damaligen Hausbesetzer-Szene besetzt und es folgten langwierige Auseinandersetzungen, bis schließlich das Objekt nach AH-Vorstellungen saniert und umgebaut werden konnte. Nach diesem Schritt wurde innerhalb des damals noch kleinen AH-Teams heftig darüber diskutiert, wie es weitergehen sollte. Die Haltungen konnten konträrer nicht sein: entweder ambulante Betreuung im AH-eigenen Gebäude, mit erheblichem wirtschaftlichem Risiko für den Verein, oder Schaffung einer teilstationären Einrichtung mit entsprechender wirtschaftlicher Absicherung durch Kostenverpflichtungen von teilstationärer Unterbringung durch die Sozialhilfeträger. Leidenschaftlich wurde zwischen den Verfechtern der »reinen Lehre« und den Befürwortern einer ökonomisch tragbaren Lösung gestritten. Letztlich herausgekommen ist dabei eine teilstationäre Einrichtung, bei der wir (seit 1987) versuchen sehr viele Grundprinzipien der Ambulanten Hilfe e.V. umzusetzen.

### **Die Tunnelstraße 18 im Jahr 2015 : Alltag einer speziellen Einrichtung**

Mittlerweile gibt es die teilstationäre Einrichtung seit 28 Jahren. Sie ist aus dem Versuchsstadium herausgewachsen und hat längst einen festen Platz

innerhalb des Hilfesystems der Stadt und auch der unterschiedlichen Hilfeangebote der Ambulanten Hilfe e.V. Voraussetzung für die Aufnahme ist die Zuweisung durch eine Fachberatungsstelle, die den Bedarf nach § 67 SGB XII feststellt und eine Kostenverpflichtung vom jeweiligen Sozialhilfeträger beantragt. Zu Beginn gibt es einen Vorstellungstermin, bei dem sich der zukünftige Bewohner und die Mitarbeitenden gegenseitig kennenlernen. Die Aufnahme ist sehr niedrigschwellig und manche Bewerber, die bei anderen Einrichtungen abgewiesen werden, bekommen hier noch eine Chance. Dass jemand trotzdem abgelehnt wird, kommt jedoch zuweilen auch vor. Meist ist dies der Fall, wenn jemand latent aggressiv ist. Der Grund hierfür liegt darin, dass in der Tunnelstraße kein Sicherheitsdienst oder Pförtner tätig ist und die Bewohner nachts und an Wochenenden alleine im Haus sind und kein Mitarbeitender eventuelle Konflikte schlichten kann. Daraus ergeben sich gewisse Freiheiten aber auch Anforderungen an die Bewohner. Wenn dann nach erfolgreicher Vorstellung eine Kostenverpflichtung vorliegt, erfolgt der Einzug an geeigneter Stelle im Haus. Es wird nach Möglichkeit ein Zimmer gewählt in dessen Umfeld der neue Bewohner gut integrierbar ist und mit deren Nachbarn er sich höchstwahrscheinlich gut verträgt. Auch ein





Einzug mit Hund ist manchmal möglich. Allerdings muss sich der Hund mit eventuellen Nachbarhunden gut vertragen. Vorzugsweise werden hier Zimmer belegt, die über den rückwärtigen Eingang ebenerdig erreichbar sind. Ist der Bewohner einmal eingezogen, bekommt er, wenn nötig, Hilfe und Anleitung, mit dem Ziel selbstständig das Zimmer zu bewohnen und sich autark zu versorgen. Immer im Blick ist dabei das langfristige Ziel, später selbstständig einen Individualwohnraum zu bewohnen. Damit dieses Ziel erreichbar wird, ist eine der ersten Aktionen nach dem Einzug die Beantragung eines A-Scheines beim

Amt für Wohnungswesen, damit die Grundlage einer Chance auf Zuteilung einer Sozialwohnung gelegt wird. Nur Männer werden in der teilstationären Einrichtung Tunnelstraße aufgenommen, da für Frauen keine getrennten Sanitäreinrichtungen bestehen und auch momentan kein weibliches Personal zur Verfügung steht. Als Besuchende der Bewohner werden jedoch auch Frauen geduldet. Ist der neue Bewohner eingezogen und hat sich eingelebt, dann beginnt mit den betreuenden Kollegen vor Ort die Bearbeitung der persönlichen Probleme. Das kann beispielsweise die Regulierung von Schulden, die Bearbeitung von Straf-

sachen oder anderer persönlicher Probleme sein. Bei ca. 50 bis 75 % aller Bewohner wird überdies eine Geldverwaltung durchgeführt, bei der die Bewohner beispielsweise das Geld, das sie vom JobCenter erhalten, direkt im Büro in der Tunnelstraße, nach Absprache einteilen und abholen können. Dies wird häufig auch noch nach dem Auszug der betreffenden Person weitergeführt. Anders als in den Fachberatungsstellen, bei denen die Klienten meist in größeren Zeitabständen vorsprechen, besteht der Kontakt zu den Bewohnern in der Tunnelstraße meist täglich. So erhalten die Kollegen vor Ort ein sehr

detailliertes Bild der Bewohner und es ergeben sich häufige und spontane Kontakte. Die Arbeit auf der Beziehungsebene nimmt hier einen sehr wichtigen Raum ein. Die große Erfahrung der langjährig beschäftigten Kollegen in der Tunnelstraße zeigt sich auch darin, dass auch schwierige Personen aufgenommen werden. Je nach Ausprägung der Persönlichkeit des Bewohners wird die Beziehungsarbeit »eng getaktet« oder aber an der »langen Leine« angeboten. Die tägliche Arbeit mit den Bewohnern stellt an das Personal vor Ort hohe Anforderungen. Bewohner mit zum Teil extrem schwierigen Persönlichkeits-





mustern müssen ausgehalten werden. Bei Streit und aggressivem Verhalten muss geschlichtet werden. Man nimmt zum Teil sehr nahe am Schicksal der Bewohner teil. Dies bedeutet auch zu ertragen, wie Bewohner gesundheitlich stark abbauen oder ihren aktuellen Status nicht halten können. Andererseits gibt es auch Fälle, die als Erfolg gewertet werden können, wenn jemand beispielsweise aus der teilstationären Einrichtung in eigenen Wohnraum umziehen kann. Ein solcher Fall ist ab Seite 16 als Fallbeispiel beschrieben. Zunächst ist jedoch für alle neuen Bewohner der teilstationären Einrichtung Tunnelstraße wichtig, dass sie wieder ein eigenes Zimmer haben und einen eigenen Briefkasten. Die Privatsphäre der Bewohner wird geachtet und die Zimmer in der Regel niemals ohne Ankündigung betreten. Als einzige Ausnahme können hier Situationen mit Gefahr im Verzug genannt werden. Beispielsweise wenn der begründete Verdacht besteht, dass der Bewohner dringend medizinische Hilfe benötigt. Wenn jemand eingezogen ist, besteht die Kostenverpflichtung und damit die Verweildauer zunächst für 12 Monate. Dies kann dann um weitere 12 Monate und noch einmal um zweimal  $\frac{1}{2}$  Jahr verlängert werden, so dass insgesamt 3 Jahre entstehen können. Darüber hinaus ist eine Verlängerung nur in ganz speziellen und seltenen

Fällen möglich. Während des Aufenthaltes ist eine Kündigung durch das Personal möglich. In der Praxis wird diese nur bei völliger Verwahrlosung, aggressivem Verhalten oder völliger Beratungsresistenz ausgesprochen. Wie schon geschrieben wurde, ist das Ziel des Aufenthaltes in der Tunnelstraße der Umzug in unbefristeten Individualwohnraum. Ist ein Bewohner planmäßig aus der Tunnelstraße ausgezogen, so findet häufig darüber hinaus noch eine Nachbetreuung statt. Dies kann in der Weiterführung der Geldverwaltung bestehen oder aber auch in der persönlichen Hilfe bei Problemen im neuen Wohnraum. Der Umzug in unbefristeten Individualwohnraum wird inzwischen jedoch nur noch sehr schwer erreicht. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass es immer weniger Sozialwohnungen gibt. Einerseits werden immer weniger Sozialwohnungen gebaut, andererseits läuft die Belegungsbindung bei vielen bestehenden Sozialwohnungen aus. Ein weiterer Faktor ist die zunehmende Belegung von Interimswohnraum durch Kriegs- und Krisengebetsflüchtlinge. All dies zeigt wie wichtig es weiterhin ist, dass die Ambulante Hilfe e.V. auch in Zukunft aktiv beim sozialen Wohnungsbau ist! Denn wie ein Wohnungsloser einmal treffend bemerkt hat: »Eine Wohnung ist nicht Alles, aber ohne Wohnung ist alles Nichts!«



## Glück im Unglück

Herr S. kehrt im Jahre 2009 nach langen Jahren im südlichen Ausland nach Deutschland zurück und lebt bis zum Einzug bei der Freundin im Jahre 2012 bei wechselnden Bekannten. Mit der Geburt seines Sohnes verändert er sein Leben und versucht zum ersten Mal, in einer Familie zu leben. Dies gelingt ihm nur von Mitte 2012 bis 2013 für etwa ein Jahr. Er verlässt die gemeinsame Wohnung und lebt nach dem alten Muster wieder bei unterschiedlichen Bekannten. Als ihm das unstete Leben zunehmend Schwierigkeiten bereitet, bemüht er sich um ein Zimmer in unserer teil-

stationären Einrichtung. Von hier aus kann er sich ohne äußeren Druck und ständige Ablenkung um seine offenen Angelegenheiten kümmern. So hielt er mit unserer Unterstützung regelmäßig den Kontakt zum JobCenter und dem Sozialamt. Die bestehenden Schulden bei der Einzugsstelle von ARD und ZDF können zunächst gestundet werden. Auch der A-Schein beim Amt für Liegenschaften und Wohnen kann unter Mitwirkung der Beratungsstelle in Bad Cannstatt erreicht werden. So kann Herr S. darauf hoffen, innerhalb von ein bis zwei Jahren in eine Sozialwohnung vermittelt zu werden. Der Kontakt zum Jugendamt wird herge-



stellt und alle Notwendigkeiten im Zusammenhang mit dem Sohn von Herrn S. geregelt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die angeschlagene Gesundheit durch die vergangenen, langen und unsteten Jahre des Umherziehens. Herr S. leidet immer wieder an Depressionen und zieht sich in sein Zimmer zurück. In diesen Zeiten einen verständnisvollen Ansprechpartner zu finden, macht Herrn S. Mut. Auch der regelmäßige Umgang mit seinem Sohn gibt ihm dann Kraft und trägt dazu bei, dass er nicht wieder ins Ausland abwandert. Schlechte Zähne, überhöhter Alkoholkonsum und generelle Angst

vor Ärzten sind weitere Themen, die Herr S. aus der gesicherten Unterkunft in Verbindung mit der dazugehörenden Beratung und Betreuung in aller Ruhe angehen kann. Durch einen tragischen, aber für ihn glücklichen Zufall (ein guter alter Freund von ihm stirbt), kann er unerwartet eine Zweizimmerwohnung in Stuttgart-Ost übernehmen und zieht so im Juni 2015 in die eigene Wohnung um. Hier kann er weiter seine Ziele verfolgen und hat jetzt auch genügend Platz und wieder Zeit für seinem Sohn. Den Kontakt zur teilstationären Einrichtung Tunnelstraße hält er bis heute weiterhin aufrecht.

## **Individuelle Lösungen für individuelle Probleme**

Dass Herr G. Anfang 2015 in die teilstationäre Einrichtung Bauhof einzog, war für alle Beteiligten eine Erleichterung. Herr G., der unmittelbar vorher im Eingang einer benachbarten Kirche genächtigt hatte, war körperlich stark angeschlagen und auch psychisch mitgenommen. Herr G. ist 55 Jahre alt, er ist stark alkoholkrank. Er war schon immer ein Kind der Straße, wie er gerne betont. Schon mit 15 Jahren zog er von einem beschaulichen Dorf in die große Stadt Stuttgart. Er wollte dem Dorfmiel und seinem Vater entkommen. Dieser missbrauchte, mit dem Wissen aller im Umfeld, die zwei jüngeren Schwestern und war gegenüber den älteren Jungs gewalttätig. Seither, außer während einer kurzen Arbeitsphase als Kopfschlichter, lebte Herr G. mit Unterbrechungen auf der Straße und machte hauptsächlich in Cannstatt Platte. Es gab immer wieder Phasen, in denen er sich auf ein Angebot der Wohnungslosenhilfe einlassen konnte. Wichtig dabei war immer das Bewahren der eigenen Autonomie. Meist fand eine Unterbringung statt, wenn er körperliche Probleme hatte und ihn der Alkoholentzug quälte. Die längste Phase hielt sechs Jahre lang bis 2013, in einem Wohnheim der Evangelischen Gesellschaft. Sein

Drang, auf die Straße zurückzukehren und der Enge des Zimmers und den Regelungen im Haus zu entkommen wurde immer größer, bis er das Haus schließlich von heute auf morgen verließ. Vielleicht wollte er sich einfach noch einmal beweisen, dass er das Leben auf der Straße noch schafft.

Über unsere Tagesstätte, das Café 72 gelang die Anbindung zunächst an die Fachberatungsstelle. Seither ist eine Kollegin der Regionalen Fachberatungsstelle für Herrn G., den sie nun schon seit langen Jahren kennt, zuständig. Er kommt zweimal die Woche, um seine Rente in kleinen Teilen abzuholen. Herrn G. eine neue Unterkunft zu vermitteln, scheiterte aus Mangel an Angeboten, die er aus seiner Sicht annehmen konnte. So nächtigte er zunächst, bis das für die Nachbarn nicht mehr tragbar war, bei der Beratungsstelle im Hof. Dass wir dies überhaupt zuließen war mehr Ausdruck unserer eigenen Hilflosigkeit als ein wirkliches Hilfsangebot. Herr G. wechselte in den Eingang einer Kirche in der Nachbarschaft. Die Leute dort hatten ihn schnell adoptiert. An Decken, Essen, Gebäck hat es nie gefehlt. Familien verschiedenster Nationen sowie Kolleginnen der nahe gelegenen Kindertagesstätte fühlten sich verantwortlich und stiegen in die Versorgung mit ein. Als sich sein Gesundheitszustand jedoch rapide verschlechterte und sich die Kran-

kenhausaufenthalte mehrten, musste eine Lösung gefunden werden. Bei den parallel regelmäßig stattfindenden Kontakten in der Fachberatungsstelle schafften wir es Herrn G. zu überzeugen, ein Angebot unserer teilstationären Einrichtung Bauhof anzunehmen. Ein Zimmer zu beziehen, um wenigstens nachts einen Schutzraum zu haben. Die vollstationäre Wohnheimunterbringung mit lediglich 100.- Euro Taschengeld im Monat und den festgelegten Essenszeiten konnte er sich gar nicht mehr vorstellen. Eigentlich wäre dies das für ihn passende Angebot. Da er es jedoch nicht annehmen wollte und konnte, verständigten wir uns mit

dem Kostenträger, dem Sozialamt Stuttgart, darauf, in diesem speziellen Fall eine individuelle Regelung zu finden. Die Kosten für die Unterkunft in unserer teilstationären Einrichtung Tunnelstraße wurden zugesagt. Die hygienische Minimalversorgung wird von den KollegInnen der Tagesstätte feinfühlig und liebevoll übernommen. Herr G. ist dort nach wie vor regelmäßiger Besucher. Sein Geld holt er bis jetzt weiter bei seiner vertrauten Ansprechpartnerin in der Regionalen Fachberatungsstelle. Langfristiges Ziel ist es, ihn an die Fachkräfte im Bauhof anzubinden und ihm sein Zimmer dort oder im Hinterhaus als »Heimat« und zuverlässige Anlaufstelle zu sichern.





Ein Teil der Café 72  
Besucherguppe vor  
dem Bundestag

Seit 10 Jahren gibt es in Bad Cannstatt ein bundesweit einzigartiges Gemeinschaftsprojekt aus Wohnungsnotfallhilfe und Sozialpsychiatrie, die Straßensozialarbeit Bad Cannstatt. Hierbei gehen KollegInnen der oben genannten Fachdisziplinen gemeinsam auf die Straße, um Menschen, direkt vor Ort Hilfe und Beratung anzubieten. Dieses Projekt ist mittlerweile ein fester Bestandteil innerhalb des Hilfesystems in Stuttgart geworden. Die Straßensozialarbeit ist bei den Adressaten wohl bekannt und ein bewährter Mittler zwischen allen involvierten Instanzen und Betroffenen oder



beteiligten Bürgern. Bereits im Jahre 2010 organisierte das Streetworkteam die erste erlebnispädagogische Kurzreise. Ziel war es damals und ist es noch heute, mehr Zeit mit den Adressaten zu verbringen und die Menschen aus dem gewohnten Trott hinauszuführen, um ihnen neue Perspektiven zu eröffnen. (Ausführliche Berichte über Straßensozialarbeit in Jahresbericht 2005) Berlin ist derzeit eine der angesagtesten Städte Europas. In Sachen Kunst, Kultur und Politik übt Berlin eine große Anziehungskraft aus und hat für seine Besucher viel zu bieten. Auf der Suche nach Möglichkeiten der Verwirklichung dieses Reisezieles entdeckten wir das Angebot des

Bundespresseamtes. Das Bundespresseamt organisiert im Namen der Bundestagsabgeordneten politische Bildungsreisen für interessierte Bürger nach Berlin. Je nach Entfernung des Heimat-Bundeslandes werden entsprechende Übernachtungen finan-



ziert. Im Falle Baden-Württembergs ergaben sich 3 Übernachtungen. Also mittwochs hin und Samstag wieder zurück. Diese Reisen werden den Abgeordneten 3 mal im Jahr für 50 Personen genehmigt. Unsere Bewerbung bei verschiedenen Volksparteien fand bei der Bundestagsabgeordneten Frau Ute Vogt von der SPD Gehör. Uns wurde eine Teilnahme für 8 Personen zugesichert. Durch Werbung auf der wöchentlichen Streetworker-Runde und Ankündigung auf der regelmäßigen Besucher-Vollversammlung im Café 72, waren die Plätze schnell belegt. Der Andrang war so hoch, dass sogar eine Ersatzliste gebildet werden musste, falls jemand erkrankt oder aus anderen wichtigen Gründen nicht teilnehmen kann. In zwei Vorbereitungstreffen wurden die möglichen Teilnehmer auf die »Rechte und Pflichten« der Reise hingewiesen. Das Programm war so gespickt mit Terminen und Veranstaltungen, dass eine hohe Motivation und Disziplin wie auch Teamfähigkeit vorausgesetzt wurde, um an dieser Reise teilzunehmen. Zum Abschluss musste das Team aus Streetwork und der Tagesstätte Café 72 eine gerechte und realistische Auswahl treffen, da sich doch mehr Menschen beworben hatten, als Plätze zur Verfügung standen. Doch auch das konnte bewältigt werden, ohne dass sich jemand persönlich verletzt fühlte, der nicht teilnehmen konnte.



#### Programm - Kurzübersicht :

Mittwoch, 22. Juli 2015

10:51 Uhr Abfahrt Stuttgart Hbf

16:22 Uhr Ankunft Berlin Hbf

17:00 Uhr Check-In Hotel

Donnerstag, 23. Juli 2015

09:00 Uhr Führung im Abgeordnetenhaus Berlin

10:30 Uhr Führung und Diskussion im Willy-Brandt-Haus

12:30 Uhr Landesvertretung Baden-Württemberg

14:00 Uhr Stadtrundfahrt Teil 1

15:30 Uhr Sicherheits-Check

16:00 Uhr Vortrag Bundestag

17:00 Uhr Gespräch zur Arbeit einer Abgeordneten

18:00 Uhr Fototermin im Reichstagsgebäude

Freitag, 24. Juli 2015

10.00 Uhr Bundesministerium für Arbeit und Soziales

14:00 Uhr Führung Gedenkstätte Hohenschönhausen

16:30 Uhr Stadtrundfahrt Teil 2

Samstag, 25. Juli 2015

10:00 Uhr Check-out Hotel

11:00 Uhr Führung »Tränenpalast«

13:34 Uhr Abfahrt Berlin Hbf

19:08 Uhr Ankunft Stuttgart Hbf

Am 22. Juli 2015 war es dann soweit. Bei bestem Sommerwetter konnten wir die Reise beginnen und erreichten Berlin in einem rasanten ICE- Hochgeschwindigkeitszug am frühen Abend. Hier erwartete uns bereits ein Transferbus zum Hotel Estrel, welches derzeit das größte seinesgleichen in Deutschland ist. Von diesem Emp-

fang und soviel Aufmerksamkeit waren alle vollkommen begeistert und voller Neugier und Aufregung auf die kommenden Tage. Und diese Neugier wurde belohnt. Trotz intensivem »Politik-Marathon« haben alle Teilnehmer an dem kompletten Programm und an den angebotenen Gesprächen und Diskussionen rege teilgenommen.

Es würde den Rahmen dieser Reiseerzählung sprengen, würde wir alle Programmpunkte einzeln aufzählen, jedoch waren einige Besichtigungspunkte besonders erzählenswert. Der Besuch des Bundestags hat uns alle sehr beeindruckt. Die tatsächliche Größe des Gebäudes und das umgebaute Dach mit der gläsernen Kuppel sind in Wirklichkeit noch größer als eigentlich angenommen. Einmal im Bundestag sitzen und genau zu sehen, wie die Abgeordneten debattieren, das kannten viele nur aus dem Fernsehen. Jetzt saßen wir selbst hier und lauschten gespannt einer Mitarbeiterin der Abgeordneten, Frau Ute Vogt, wie ein regulärer Tag im politischen Leben so abläuft. Dieser ist doch ganz anders als gedacht und an manchem »Stammtisch« spekuliert. Die Tage sind minutiös getaktet, ein Termin folgt dem nächsten und am Wochenende müssen meistens Veranstaltungen im Wahlkreis besucht werden. Nach diesem zweiten Tag fühlten wir uns anhand der Terminliste schon selbst wie Politiker. Nach jedem Besuch erwartete uns unser Reisebus mit genauer Anweisung und Zeitangabe. Dennoch verließ uns nicht der Spaß und die Neugier. Man merkte, dass das Bundespresseamt diese Reisen ständig organisiert. Auf den Fahrten von einem Termin zum nächsten genossen wir eine detaillierte an politischen Gesichtspunkten ausge-

richtete Stadtrundfahrt. Jahrzehnte lang war Berlin die unmittelbare Grenze zweier rivalisierender Machtssysteme. Für die Menschen, die hier lebten, war es Realität. Diese Realität konnten wir auf den Stadtrundfahrten ein wenig nachvollziehen, wenn wir zum Beispiel einen Grenzverlauf der ehemaligen Grenze besichtigten, der damals mitten durch eine Seitenstraße gelegt wurde. Stellen Sie sich vor, Sie stehen morgens auf und gehören nun einem anderen Land an und ihr Nachbar nicht. Am meisten hat uns der Umgang mit der Bevölkerung und den Menschen, die nicht in der Deutschen Demokratischen Republik mitmachen wollten, bewegt. Mitten in Berlin besuchten wir ein geheimes Gefängnis der Staatssicherheit. Hier landeten auch sogenannte Republik-flüchtende. Wurde jemand bei der Republikflucht erwischt, bekam er meistens eine langjährige Freiheitsstrafe. Der Mitarbeiter, der uns durch die Ausstellung führte, war selbst Betroffener. Er saß einige Monate im Gefängnis Hohenschönhausen, weil er versucht hatte zu flüchten. Er verarbeitet dieses Trauma fast 30 Jahre später immer noch. Wir konnten aufgrund seiner Schilderungen und den menschenunwürdigen Gefängniszellen die Grauen nachempfinden, welche die Menschen hier erlebt haben. Diese Geschichte der deutschen Teilung war auch stets Gesprächsthema, wenn wir nach





unserem Politik-Programm abends noch die herrlichen Sommernächte Berlins in einer gemütlichen Gartenwirtschaft ausklingen ließen. Kulturell ist Berlin schon lange Hauptstadt. Hier herrscht immer Bewegung und das internationale Flair ist allgegenwärtig. Überall entstehen neue Bars oder Klubs und auf dem Landwehrkanal kann es schon passieren, dass einem ein selbstgebautes Piraten-Floß mit feiernden Menschen entgegenkommt. Hier gibt es wirklich sehr viel zu sehen und noch mehr zu erleben. Man kriegt richtig Lust, aktiver zu sein. Diese Motivation haben alle empfunden. Uns allen hat diese Ausfahrt sehr gut gefallen. Wir haben sehr viel über

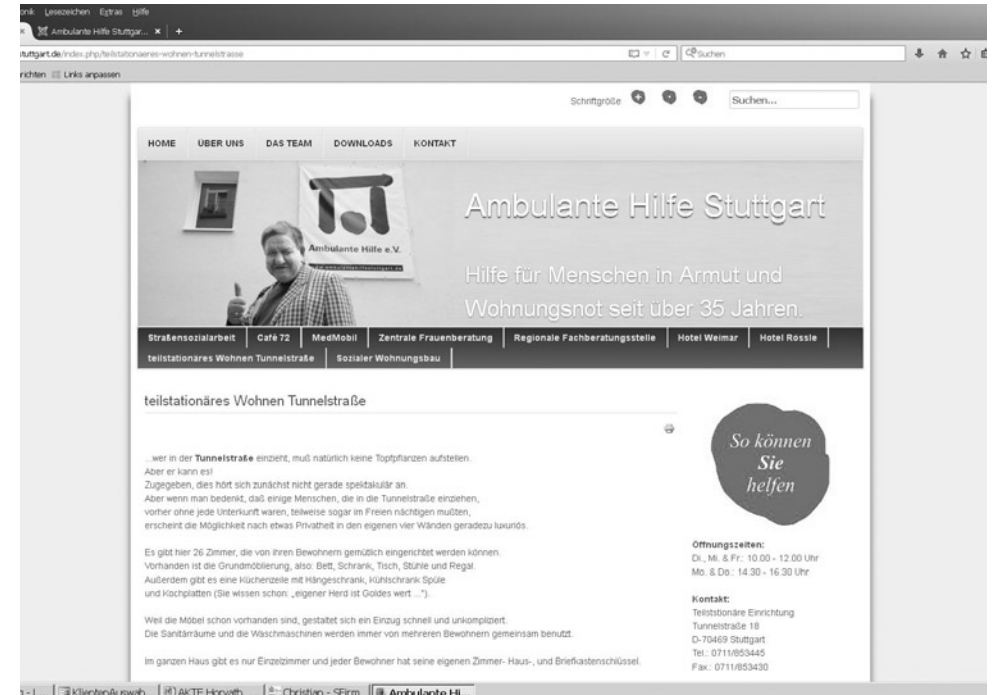
Politik, Geschichte und Kultur gelernt, haben sehr viel gesehen und uns rundum wohlgeföhlt. Das Hotel und der Service waren ausgezeichnet und die Programmpunkte sehr interessant. Die Mitarbeiterin des Bundespressesamtes und Frau E. vom Büro der Abgeordneten Ute Vogt haben ihren Job ausgezeichnet gemacht. Die Gruppe selbst hat sehr gut harmoniert. Es gab keinerlei Probleme oder Meinungsverschiedenheiten. Alle fühlten sich wie auf einer Klassenfahrt. Hoffentlich können wir diese politische Reise in ein paar Jahren nochmal für andere Interessierte anbieten, damit diese dann auch sagen können:  
»Ick bin ein Berliner«



Unserer langjährigen Kollegin Maria Hassemer-Kraus wurde am 23.09.2015 im Rathaus von Leinfelden-Echterdingen das Bundesverdienstkreuz verliehen. Die Verleihung fand im Beisein von Herrn Oberbürgermeister Klenk statt und wurde von der Staatssekretärin Frau von Wartenberg, im Auftrag des Bundespräsidenten Herrn Gauck, durchgeführt. Frau Hassemer-Kraus wurde für ihr langjähriges Engagement in der Wohnungslosenhilfe ausgezeichnet. Die Ambulante Hilfe e.V. empfindet diese Ehrung auch als all-



gemeine Würdigung der Arbeit für Menschen in Armut und Wohnungsnot. Maria Hassemer-Kraus hat diese Ehrung durch ihre jahrzehntelange Arbeit, speziell auch für wohnungslose Frauen, mehr als verdient. Wenige Wochen nach der Auszeichnung ist Maria Hassemer-Kraus in die Ruhephase der Altersteilzeit gegangen und wurde mit einem angemessenen Fest verabschiedet. Wir möchten uns noch einmal bei ihr für all ihre Arbeit, die sie für die Ambulante Hilfe e.V. geleistet hat, bedanken und wünschen ihr für die kommenden Abenteuer alles nur erdenklich Gute!



Nachdem unser »alter« Internetauftritt nun schon seit beinahe 20 Jahren besteht, wurde es Zeit sich um eine Erneuerung zu kümmern. Notwendig wurde dies einerseits durch Veränderungen bei den Programmiersprachen, was zu Fehlern bei der Darstellung und den Funktionen unserer Seite geführt hat. Andererseits sollte das Erscheinungsbild den aktuellen Sehgewohnheiten angepasst werden. Seit einiger Zeit wird nun mit Hochdruck an der Neugestaltung unserer Seite gearbeitet. In Kürze werden wir also einen

»Relaunch« wagen und unseren neugestalteten Internetauftritt präsentieren. Schauen Sie also nach unter: **[www.ambulantehilfestuttgart.de](http://www.ambulantehilfestuttgart.de)** Ebenfalls neu ist unsere allgemeine Adresse für e-mails. Bisher kamen mails an [ambulante.hilfe@gmx.de](mailto:ambulante.hilfe@gmx.de). Unsere neue allgemeine mail-adresse lautet: **[info@ambulantehilfestuttgart.de](mailto:info@ambulantehilfestuttgart.de)** Mails, die noch an die alte Adresse gesendet werden, werden automatisch weitergeleitet.



## Ein Traum in Rot

Als wir uns im Rahmen des Kirchentages zur Diakonieparade versammeln, ist es schon brütend heiß. Trotz der morgendlichen Hitze ist die Stimmung bestens. Alle haben Lust auf das Event außerhalb der täglichen Routine, Lust sich auch einmal anders zu begegnen und uns als Verein stolz zu präsentieren. Im Mittelpunkt steht unsere Straßenambu-

lanz, das MedMobil. Das MedMobil ist eine Kooperation von Ärzten der Welt, der Stadt Stuttgart, der Ambulanten Hilfe e.V. und weiteren Trägern der Wohnungsnotfallhilfe. Seit fünf Jahren fahren wir damit verschiedene Plätze in Stuttgart an und versorgen Menschen mit erschwertem Zugang zum Gesundheitssystem mit einer qualifizierten medizinischen Grundversorgung. Im Vorfeld der Planungen wird schnell klar, dass wir



uns mit diesem erfolgreichen Projekt an der Parade beteiligen wollen, um die Möglichkeit zu nutzen uns einer breiten Öffentlichkeit zu zeigen. Zum guten Glück sind wir mit ausreichend gekühlten Getränken ausgestattet. Es wird noch letzter Proviant beim Bäcker ums Eck besorgt, dann geht es los. Zusammen mit vielfältigen diakonischen Einrichtungen laufen wir in einem langen Zug, voller Elan und Schwung, mitten durch die Stadt. Die Rhythmen der verschiedensten teilnehmenden Musiker immer im Ohr. Dabei werden wir schon vom Publikum an der Umzugsstrecke erwartet und von vorbeigehenden Menschen, die zum Einkaufen in die Stadt gekommen sind, mit Überraschung wahrgenommen. Unsere Kollegin steuert den umgebauten Krankenwagen sicher durch die Menge. Über uns schwe-

ben 300 knallrote Luftballons, die wir extra für diesen Tag bestellt haben. Bereits am Morgen hatten wir den größtmöglichen Spaß mit dieser riesigen Menge heliumgefüllter Ballons. Wie viele braucht es wohl, um einfach davonzufliegen? (30.000 Stück, teilt uns der Lieferant noch mit). Es sind tolle Schnappschüsse dabei entstanden. Jetzt freuen sich die Besucher der Parade, als wir sie im Vorbeigehen verteilen. Am Ende der Parade, auf dem Hof der Leonhardskirche im Diakonieviertel des Kirchentages, lassen wir die restlichen Ballons steigen, ein Traum in Rot fliegt in den tiefblauen Himmel des Nachmittages. Damit verbunden der Wunsch, dass unser MedMobil über das Kirchentagsjahr 2015 hinaus auch zukünftig weiterfahren kann. Ihre Spenden sind jederzeit willkommen.





Oben eingefügt von links:

Angelika Brautmeier, Werner Schaaf, Linda Wurfer, Iris Schüle, Manuela Haussmann, Daniela Schick, Manuel Borrego Beltran, Marga Luikart, Eleni Stubbe, Michael Matz, Caner Aygün

Sitzend, von links: Henning Uber, Friedemann Frasch, Michael Knecht, Iris Brüning, Peter Schumacher, Markus Tröster, Christoph Lakner, Alexander Englmann, Andreas Plank, Iris Scherrenbacher, Miriam Schiefelbein-Beck, Stefanie Uphoff, Jakob Reinecke, Diana Neugebauer, Nicole Wirth, Maria Hassemer-Kraus, Birgit Ehret-Bresing, Angelika Frank, Martina Diers, Silke Lang-Schiefer, Christian Schüll, Athanasios Tsirikiotis, Andrea Günther, Manfred E. Neumann

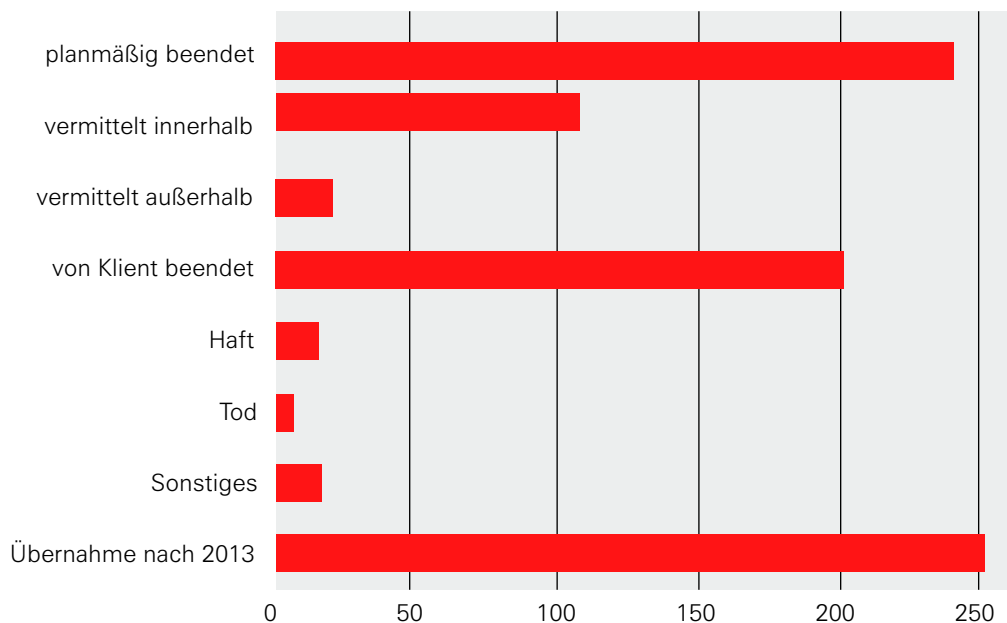
Diese Statistik bezieht sich ausschliesslich auf die Regionale Fachberatungsstelle. Für die Zentrale Frauenberatung besteht eine gesonderte Statistik.

## Zahlen 2014

Im Jahr 2014 (in Klammern: Zahlen 2013) haben 854 (853) Personen an unserer Regionalen Fachberatungsstelle in Bad Cannstatt um Hilfe nachgefragt. Davon wurden 253 (211) in das Folgejahr übernommen, planmäßig wurden 106 (129) Personen innerhalb und 22 (10) Personen außerhalb des

Hilfesystems vermittelt. 202 (253) Personen waren nicht in der Lage, unser Beratungsangebot vollständig anzunehmen, 243 (229) Personen wurden planmäßig beendet. 11 (12) Personen kamen in Haft und 5 (3) Personen sind verstorben. Als Schaubild in Balkenform lassen sich diese Zahlen wie folgt abbilden:

## Fallzahlen 2014

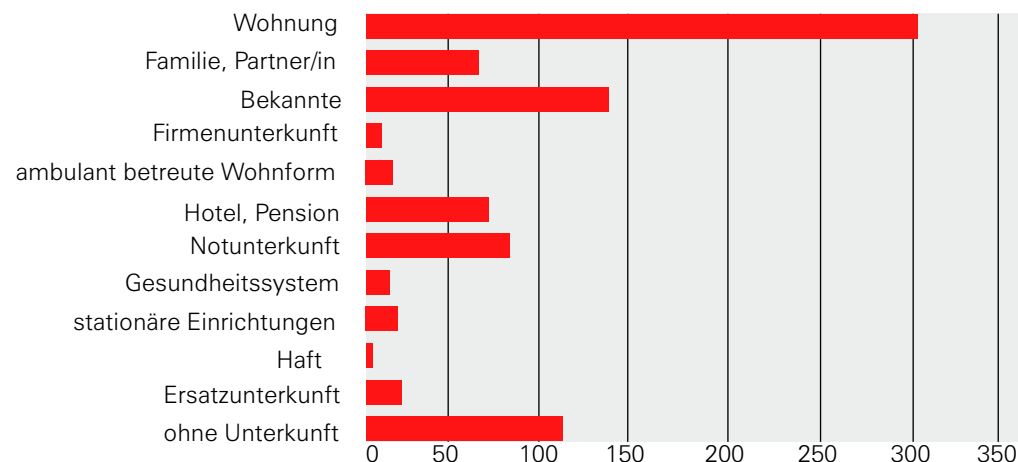


## Unterkunftssituation unmittelbar vor Hilfebeginn

303 (346) Personen lebten in einer Wohnung (mit eigenem Mietvertrag). 64 (52) Personen lebten in einer Familie bzw. mit einem Partner. 144 (142) Personen konnten bei Bekannten unterkommen. 4 (4) Personen hatten bei ihrem Arbeitgeber eine Firmenunterkunft. 17 (20) Personen befanden sich in einer ambulant betreuten Wohnform (ohne eigenen Mietvertrag in einer Wohngruppe). 74 (54) Personen lebten in einem Hotel, Pension (gewerblich). In einer Notunterkunft, Übernachtungsstelle (gemeinnütziger

oder kommunaler Träger) lebten 78 (66) Personen. 14 (9) Personen lebten in einer Einrichtung des Gesundheitssystems (Krankenhaus, Pflegeheim, Psychiatrie). 19 (13) Personen waren in einer stationären Einrichtung (Einrichtungen nach § 67 - §69 SGB XII). In Haft befanden sich 2 (3) Personen. Eine Ersatzunterkunft (ungesicherte Unterkunft wie Gartenlaube, Wohnwagen, Wagenburg etc.) hatten 14 (9) Personen. Ganz ohne Unterkunft («auf der Straße leben», »Platte machen») lebten 114 (135) Personen.

## Unterkunftssituation 2014

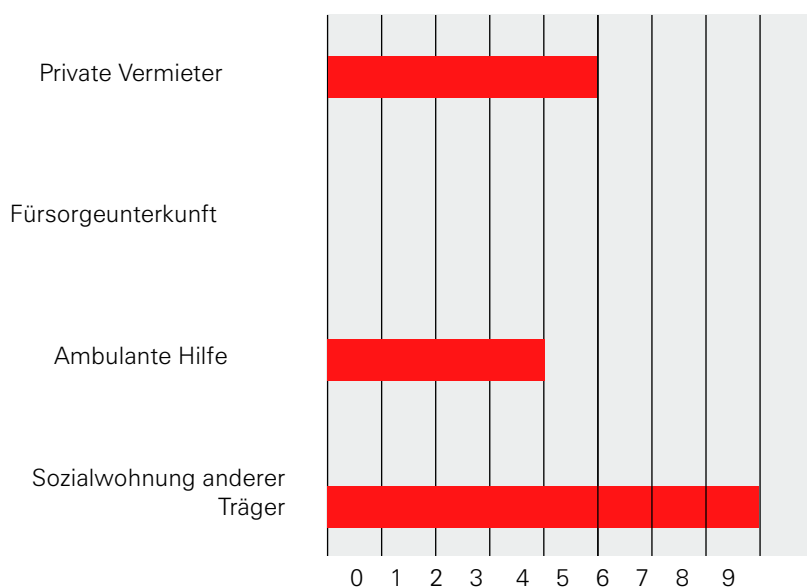


Zwar stellen die Menschen ohne Wohnung (aber mehrheitlich mit irgendeinem Obdach) mit ~65% (= 551 Personen) immer noch die Mehrheit unserer Klienten dar. Die 303 Personen mit eigener Wohnung zeigen aber den hohen Stellenwert (~35%), welchen die präventive Arbeit innerhalb unserer Beratung einnimmt. Allerdings ist dieser Anteil gegenüber dem Vorjahr (~40%) zurückgegangen.

### Vermittlung von Wohnraum

Im ganzen Jahr konnten nur 17 (17) Personen mit Hilfe der Fachberatungsstelle eine Wohnung vermittelt werden. Davon wurden 5 (5) Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt realisiert, 4 (5) Wohnungen bei der Ambulanten Hilfe, 0 (3) Wohnungen in einer Fürsorgeunterkunft und 8 (4) Wohnungen bei anderen Trägern von Sozialwohnungen. Als Balkendiagramm lässt sich die Wohnraumvermittlung wie folgt abbilden:

### Vermittlung von Wohnraum 2014



### Bewertung

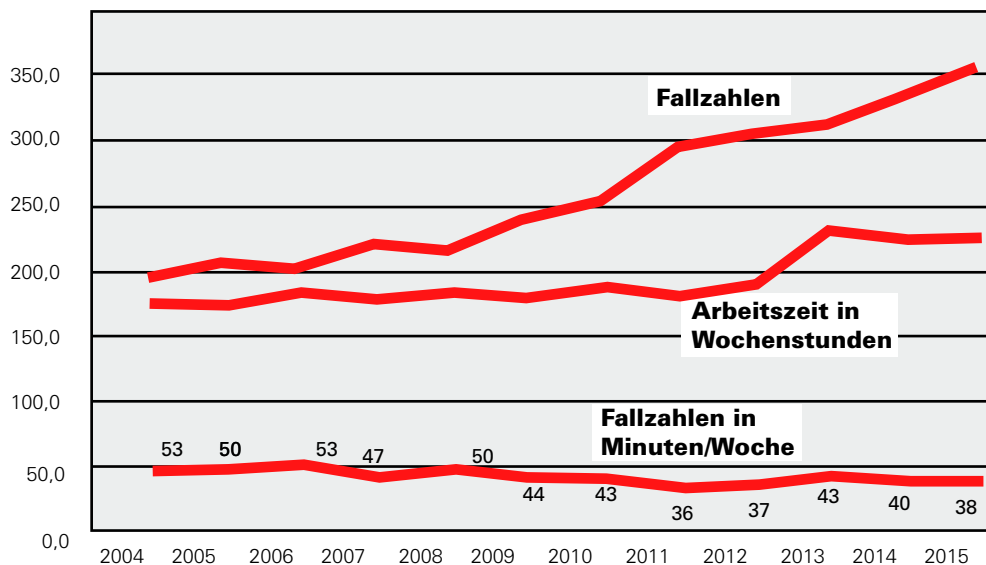
Wir haben im letzten Jahresbericht dargestellt, dass wir in den Jahren von 2011 bis 2013 eine Zunahme der Fälle von 675 auf 853 haben verkraften müssen, was einer Steigerung von 26,4% innerhalb dieser drei Jahre entsprochen hat! Um wenigstens einigermaßen noch diese erhöhte Anzahl an Hilfesuchenden beraten zu können, haben wir im Jahr 2013 in der Regionalen Fachberatung Ost eine zusätzliche halbe Stelle geschaffen und aus Eigenmitteln finanziert – aber nur auf das Jahr 2013 befristet. Gleichzeitig haben wir nämlich zusammen mit den Trägern der anderen Fachberatungsstellen für den Haushaltsplan 2014/2015 der Stadt Stuttgart eine Stellenerhöhung um 10% für alle Beratungsstellen zusammen beantragt. Leider hat es nach der dramatischen Steigerung in den Jahren 2011 bis 2013 im Jahr 2014 keine Entspannung gegeben: 854 Fälle bedeuten, dass wir weiter mit diesem immensen Fallaufkommen fertig werden müssen. Dass die Stadt nach Gemeinderatsbeschluss seit Anfang 2014 für die Regionale Fachberatung 8% mehr an Fachpersonal, nämlich 5,4 statt 5,0 volle Stellen, finanziert, haben wir in der Einzelfallhilfe überhaupt nicht gemerkt; immerhin bekommen wir die 2013 geschaffene neue halbe Stelle nun fast komplett von der Stadt finanziert. Zu den konstant zu hohen Fallzahlen kommt – wie schon in den letzten Jahresberichten beschrieben

– die qualitative Verschärfung der Probleme, mit welchen die Hilfesuchenden zu uns kommen (Sprachprobleme, CMBA, ...), die dazu führt, in der Qualität der Beratung Abstriche machen zu müssen; z.B. ist eine aufsuchende Arbeit nicht in dem Maße möglich, wie wir es eigentlich für notwendig und sinnvoll halten.

### Zahlen 2004 - 2015

Ein Indikator für die sinkende Beratungsqualität ist die Zeit, die für den einzelnen Hilfesuchenden durchschnittlich pro Woche zur Verfügung steht. Wir erheben intern seit 2004 monatlich die Fallzahlen und die für Klientenarbeit pro Woche zur Verfügung stehende Arbeitszeit aller SozialarbeiterInnen; aus beiden Zahlen lässt sich die jeweils pro Klient verfügbare Wochenberatungszeit errechnen (Die monatlichen Zahlen dürfen nicht einfach zu Jahreszahlen zusammengezählt werden; die Entwicklung zeigt aber eine ähnliche Tendenz wie die der Jahreszahlen, die alle Fachberatungsstellen aus Gründen der Vergleichbarkeit verwenden). Die folgende Abbildung zeigt, dass ein Klient 2004 noch durchschnittlich 53 Minuten pro Woche beraten worden ist, während er 2015 noch mit 38 Minuten Klientenzeit auskommen muss. Diese umfasst Beratung, Betreuung, administrative Aufgaben, Kontakt mit Ämtern und Behörden, etc.

## Entwicklung der Fallzahlen und der Arbeitszeit ab 2004



Unsere Probleme in der Klientenarbeit werden aber noch durch die weiter bestehende katastrophale Situation im Bereich von Ersatzunterbringungen verschärft, also in all den Fällen, in welchen jemand seine Wohnung verloren hat:

### **Völlig unzureichende Ressourcen für kurzfristige Unterbringungen**

Anscheinend müssen wir uns angewöhnen, unsere Feststellungen über Unterbringungsprobleme und mangelnden Wohnraum Jahr für Jahr gebetsmühlenartig zu wiederholen

– trotz des Wohnungsprogramms des Oberbürgermeisters, trotz des Runden Tisches Wohnungsnot und trotz des Bündnisses für Wohnen:

*»Fast alle Einrichtungen der Stuttgarter Wohnungsnotfallhilfe sind verstopft: Es findet kein ausreichender Abfluss mehr durch die Vermittlung in Wohnraum statt. (...)*

*Die Fachberatungsstellen sehen sich also mit einer deutlich steigenden Anzahl von hilfeschreitenden Menschen konfrontiert, während die Vermittlungsmöglichkeiten in eine*

*Unterkunft so sehr eingeschränkt worden sind, dass die Suche nach solchen immer mehr Zeit in der Beratung verschlingt.«*

Wenn Fachberatungsstellen wie unsere ihre Arbeit sinnvoll und effektiv machen sollen, müssen wir für neue Wohnungsnotfälle ganzjährig über deutlich mehr Unterbringungsmöglichkeiten kurzfristig verfügen können als bisher (und im Winter gibt es darüber hinaus noch einen zusätzlichen Bedarf als Erfrierungsschutz).

### **Verstärkte Notwendigkeit von Prävention und Wohnungsbau**

Es geht aber nicht nur um kurzfristig wirksame Verbesserungen bei der Unterbringung, sondern auch um eine mittel- und langfristig angelegte kommunale Politik, damit die Wohnungsnotfallhilfe wirklich erfolgreich sein kann:

Viele Menschen, die zu uns in die Beratung kommen, haben zwar noch eine Wohnung (~35% – siehe oben), müssen aber befürchten, diese über kurz oder lang zu verlieren. In Zusammenarbeit mit der städtischen Stelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit und dem JobCenter bzw. dem Sozialamt versuchen wir alles, um den Verlust der Wohnung doch noch zu verhindern. Wenn man mit geringem Einkommen in Stuttgart schon kaum mehr eine bezahlbare Wohnung

findet, ist es ja umso wichtiger, möglichst jede Wohnung zu erhalten. Eine solche präventive Arbeit ist nicht nur für die betroffenen Menschen wichtig um Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven zu erhalten. Prävention bedeutet mittel- und langfristig auch, dass nicht noch mehr Gelder für Reparaturhilfesysteme ausgegeben werden müssen. Falls Menschen aber doch ihre Wohnung verloren haben, ist es – so unsere Erfahrung – in vielen Fällen besser, sie wieder in eine neue Wohnung zu vermitteln, weil sie dann eher ihre Selbsthilfefähigkeiten erhalten können als in einem Heim der Wohnungsnotfallhilfe. Deshalb muss es ein zentrales Ziel der Stuttgarter Kommunalpolitik sein, in Stuttgart sehr viel mehr Sozialwohnungen als bisher zu erstellen – wenigstens so viele, wie Jahr für Jahr aus der Bindung fallen (etwa 460), also deutlich mehr, als es das Programm des Oberbürgermeisters (300) versprochen, aber bisher noch nicht einmal annähernd verwirklicht hat!

<i>Maier, Karlheinz</i>	†	24.12. 2014
<i>Scharmberg, Thomas</i>	†	31.12. 2014
<i>Tolo, Dragcia</i>	†	09.02. 2014
<i>Vierus, Wolfgang</i>	†	20.02. 2015
<i>Kornek, Joachim</i>	†	02.03. 2015
<i>Braune, Horst</i>	†	03.03. 2015
<i>Romahn, Bertram</i>	†	06.04. 2015
<i>Reich, Josef</i>	†	07.04. 2015
<i>Voigt, Manfred</i>	†	07.04. 2015
<i>Klennert, Brigitte</i>	†	26.04. 2015
<i>Schmidt, Lydia</i>	†	08.05. 2015
<i>Klein, Udo</i>	†	11.05. 2015
<i>Pauli, Heinz</i>	†	25.05. 2015
<i>Unbehauer, Linda</i>	†	19.06. 2015
<i>Sati, Selahattin</i>	†	04.07. 2015
<i>Krzyzyk, Patrick</i>	†	03.08. 2015
<i>Zindler, Michael</i>	†	18.09. 2015
<i>Fix, Wilhelm Josef</i>	†	31.10. 2015





Ende 2012 ist in Stuttgart ein neuer Oberbürgermeister gewählt worden – mit Fritz Kuhn zum ersten Mal ein GRÜNER in einer deutschen Landeshauptstadt.

Die Ambulante Hilfe hat mit den anderen Freien Trägern der Stuttgarter Wohnungsnotfallhilfe im damaligen Wahlkampf die Wohnungsnot thematisiert.

Die sich zuspitzende Situation auf dem Wohnungsmarkt hatte nämlich ab 2011 zu deutlich steigenden Fallzahlen in den Beratungsstellen und zu einer Verstopfung des gesamten Hilfesystems geführt. Als Ambulante Hilfe haben wir in unserem damaligen Jahresbericht eine »Neuausrichtung der Wohnungspolitik hin zu einer wirklich sozialen Wohnraumversorgung« gefordert – unter anderem durch

1. die auf dieses Ziel ausgerichtete Koordination aller betroffenen Ämter innerhalb der Stadtverwaltung,
2. die deutliche Erhöhung der Anzahl an Sozialwohnungen und
3. die Überarbeitung der Richtlinien der städtischen Vormerkmale.

Und als Freie Träger haben wir unser gemeinsames Anliegen in Form folgender »wohnungspolitischer Forderungen« in die öffentliche Diskussion eingebracht:

## 1. Bestandserhalt von sozial gebundenem Wohnraum

## 2. Neuausrichtung der SWSG an den Zielen einer sozialen Wohnraumversorgung, insbesondere durch Neubau von Sozialwohnungen

## 3. Stärkung der Prävention von Wohnungsverlusten

## 4. Neudefinition der Mietobergrenze

## 5. Verzicht auf Kürzung der Mietkostenübernahme bei Sanktionen nach dem SGB II

Gefolgt ist eine breite Berichterstattung in den Medien; Wohnen ist in den meisten Wahlprogrammen mit an vorderster Stelle gerückt; und bei praktisch jeder Podiumsdiskussion ist über Wohnungspolitik diskutiert worden.

## Seither ist zwar mehr über Wohnungen geredet worden, aber ...

Noch vor der Oberbürgermeisterwahl hat Bürgermeister Föll eine »Aktion 50 Wohnungen« in Auftrag gegeben: 50 Wohnungen der SWSG sollten aus der Notfallkartei heraus direkt an KlientInnen der Wohnungsnotfallhilfe vermittelt werden; diese Aktion ist im Juli 2014, also nach fast zwei Jahren – abgeschlossen und vom Sozialamt als Erfolg gewertet worden.

Nach der Oberbürgermeisterwahl hat Bürgermeister Föll Anfang 2013 die Freien Träger im Auftrag des neuen Oberbürgermeisters zu einem Runden Tisch mit dem Sozialamt und dem

Amt für Liegenschaften und Wohnen eingeladen. Beim ersten Treffen sind zwar die fünf Forderungen der Träger angesprochen worden; außer der Bekanntgabe der Erhöhung der Mietobergrenzen ist das einzig konkrete Ergebnis aber die Verabredung weiterer Treffen ohne bzw. mit Bürgermeister-Beteiligung geblieben – nach dem Motto »Gut, dass wir darüber geredet haben...«.

Auch die SWSG hat mit den Freien Trägern regelmäßige Gespräche vereinbart. Von Beginn an ist bemerkenswert gewesen, dass sich der damalige SWSG-Geschäftsführer Wendel jedes Mal Zeit für diese Treffen genommen hat, ebenso wie inzwischen sein Nachfolger, Herr Sidgi. Und es ist auch wirklich zur Sache gegangen: So ist beispielsweise die Erarbeitung eines Rahmenvertrags für ein kontinuierliches Folge-Programm der »Aktion 50 Wohnungen« verabredet worden. Dementsprechend haben die Freien Träger ihre wohnungspolitischen Forderungen um eine weitere ergänzt:

## 6. Kontingent pro Jahr an Sozialwohnungen wird für besondere Bedarfsgruppen (z.B. Wohnungslose, psychisch Kranke) verbindlich zur Verfügung gestellt

Sehr viel länger hat es gedauert, bis Oberbürgermeister Kuhn Ende 2013 sein mit dem Finanz- und dem Baubürgermeister geschriebenes Programm

»Wohnen in Stuttgart« vorgelegt hat – ohne dieses mit irgendjemand sonst besprochen zu haben:

● Allerdings heißt es dort unter der Überschrift »Institutionalisierung des Austauschs von Fachwissen« für die Zukunft:

»Besondere Aufmerksamkeit benötigt z. Zt. die Versorgung mit Sozialwohnungen, daher wird der Kontakt zur Arbeitsgemeinschaft der Freien Träger der Wohnungsnotfallhilfe und dem Verband der ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen intensiviert, mindestens zweimal jährlich findet eine **Gesprächsrunde** unter Leitung des Oberbürgermeisters (...) statt.«

● Positiv aus Sicht der Freien Träger sind – aber nur im Vergleich zur bisherigen Politik – auch die Absichtserklärungen des Oberbürgermeisters, - pro Jahr 300 neue Sozial-Wohnungen schaffen und - Belegrechte für 10 Jahre nachsubventionieren zu wollen.

Anfang 2014 hat es einen zweiten Runden Tisch bei Bürgermeister Föll gegeben, an welchem auch Sozialbürgermeisterin Fezer teilgenommen hat. Bis dahin hatte das Amt für Liegenschaften und Wohnen den zwischen SWSG und Freien Trägern erarbeiteten Rahmenvertrag über jährlich 50 Sozialwohnungen auf eine einmalige Aktion von 10 Wohnungen zusammenstreichen lassen. Bürgermeister Föll hat am Runden Tisch aber ver-

sprochen, dass die Aktion wenigstens jährlich wiederholt werden soll. Die SWSG hat mit den Freien Trägern im Frühjahr 2014 einen zweiten Rahmenvertrag über jährlich 10 Nicht-Sozialwohnungen abgeschlossen und seit dem Frühjahr mit der Umsetzung beider Rahmenverträge begonnen – zur beiderseitigen Zufriedenheit. Auf die Anregung von Herrn Wendel hin ist es auch zu einem Gespräch mit dem Stuttgarter Verband der ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen gekommen; seither sind aber leider nur Adressenlisten mit den Freien Trägern ausgetauscht worden.

### **... die Wohnungsnotfallhilfe ist verstopfter denn je!**

Für die Wohnungsnotfallhilfe und insbesondere die ambulanten Fachberatungsstellen hat sich ansonsten die Situation seit der Oberbürgermeisterwahl nicht entspannt; schon 2012 haben wir im Jahresbericht geschrieben:

*»Fast alle Einrichtungen der Stuttgarter Wohnungsnotfallhilfe sind verstopft: Es findet kein ausreichender Abfluss mehr durch die Vermittlung in Wohnraum statt. Für die neuen Wohnungsnotfälle gibt es keine freien Plätze mehr in den so genannten Aufnahmehäusern; und selbst in den Notübernachtungen, die nur für die Unterbringung über Nacht gedacht sind, bleiben die Menschen,*

*die drin sind, Wochen, während andere tagelang erst gar nicht hinein kommen.«*

Diese Beschreibung gilt immer noch und leider sogar verschärft! Die Wartelisten sind noch länger geworden und ebenso – dort wo es keine Wartelisten gibt – die Wartezeiten: Für einen freien Platz im Sozial-Hotel oder in einer Pension müssen sich die hilfesuchenden Menschen mittlerweile oft Wochen gedulden.

Selbst die Hauptstätterstraße 150 mit lauter 4-Bett-Zimmern, welche eigentlich nur als Winternotquartier genutzt werden sollte, ist inzwischen schon als Sommernotquartier fast voll!

Bei den kurzfristigen **Unterbringungsmöglichkeiten** haben die Probleme also trotz Rundem Tisch noch weiter zugenommen. Und wenn wir Freien Träger im Bereich der **Wohnungen** zwar manchmal gemeint haben: »Gut, dass wir darüber geredet haben...«, müssen wir auch dort nüchtern feststellen, dass bisher alle greifbaren Ansätze zu positiven Veränderungen in der neuen Zusammenarbeit mit der SWSG erfolgt sind (was aber auch etwas mit dem veränderten politischen Klima zu tun haben dürfte).

### **Bündnis für Wohnen – ....**

Daran hat bis September 2015 leider auch das Bündnis für Wohnen nichts

geändert, zu dessen konstituierender Sitzung Oberbürgermeister Kuhn für November 2014 eingeladen hat. Als Teilnehmer sind im Wesentlichen alle in Stuttgart tätigen Wohnungsbaunternehmen und –verbände (darunter auch die Ambulante Hilfe) dabei gewesen, außerdem unter anderem noch der Haus- und Grundbesitzerverein, der Mieterverein, die Caritas-Gemeinschafts-Stiftung und ein Vertreter der Freien Träger der Stuttgarter Wohnungsnotfallhilfe. Schon im ersten Treffen des Bündnisses ist klar geworden, dass Oberbürgermeister Kuhn in diesem Kreis nicht etwa inhaltlich über Wohnungspolitik für Stuttgart zu diskutieren gedenkt, sondern Unterstützer und Umsetzer für sein Programm »Wohnen in Stuttgart« zu finden versucht. Es hat zwar kein Protokoll dieser Sitzung gegeben, dafür aber eine Pressekonferenz des Oberbürgermeisters, mit welcher er »sein« Bündnis für Wohnen der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Seither hat OB Kuhn das gesamte Bündnis nur mehr ein einziges weiteres Mal im März 2015 eingeladen. Ohne Vorankündigung hat er allen als Tischvorlage ein Eckpunkte-Papier vorgelegt, welches er am liebsten wohl noch in der gleichen Sitzung als Selbst-Verpflichtung aller Beteiligten auf sein Programm verabschiedet hätte. Angesichts der Reaktionen hat er diesen Versuch aufgegeben und den nächsten Anlauf für

Herbst 2015 angekündigt. Immerhin hat das Bündnis – wie auch von OB Kuhn vorgeschlagen – die Einsetzung von zwei Arbeitskreisen beschlossen; allerdings sind die von ihm vorgeschlagenen Themen jeweils um einen (den jeweils letzten – siehe unten) Punkt ergänzt worden:

#### **Arbeitskreis I**

Bebauungspläne, Baurecht, Baugenehmigungsverfahren und Mobilisierung von Grundstücken und Flächen

#### **Arbeitskreis II**

Wohnbauförderung, Erhalt der Belegungsbindungen sowie Wohnungsbelegungen und Finanzierungsmodelle

### **... alter Wein in neuen Schläuchen?!**

In den Sitzungen dieser Arbeitskreise ist es bisher nicht um die Verständigung auf neue Perspektiven und neue Maßnahmen gegangen; eigentlich sind im Wesentlichen nur bekannte Informationen und Haltungen ausgetauscht worden:

- Es gibt laut Stadtplanungsamt in Stuttgart noch ein Potenzial von ~26.000 neue Wohneinheiten: ~19.000 mobilisierbar von 22.000 auf der so genannten Zeitstufenliste (inkl. S21-Rosenstein-Gelände), ~3.000 in Baulücken und 3.000 – 4.000 durch Umsetzung eines noch zu beschließenden Dichtekonzepts
- Bei 1.800 Wohnungen pro Jahr laut

OB-Programm wäre dieses Potenzial nach ~15 Jahren (2030) erschöpft; bei 2.500 - wie von der SPD-Gemeinderatsfraktion beantragt - schon nach ~10 Jahren (2025)

● Da neue, zusätzliche Baugebiete einen Vorlauf von 10 bis 15 Jahren benötigen, müsste jetzt mit Planungen begonnen werden, um in 10, 15 Jahren überhaupt noch über Neubau entscheiden zu können (auch wenn man sich dann dagegen entscheiden würde, aber man könnte entscheiden).

● Die 300 Sozialwohnungen im Programm von OB Kuhn sind 2014 und 2015 nicht einmal annähernd realisiert worden (2014: 0; 2015: 165); das war allerdings auch durch Regeln bei der Finanzierung verursacht, welche die grün-rote Landesregierung zu verantworten hat und die sie wohl wieder korrigieren wird (und im Oktober 2015 tatsächlich korrigiert hat).

● Aber selbst diese 300 Wohnungen würden nicht annähernd ausreichen, um den regulären Wegfall aus der Sozialbindung von etwa 460 Sozialwohnungen pro Jahr auszugleichen.

● Durch vorzeitige Ablösung von Darlehen drohen sogar weitere 4.000 Wohnungen aus der Sozialbindung zu entfallen; die Wohnungsunternehmen lösen Darlehen aus finanziellen Gründen vorzeitig ab und die Stadt müsste es sich viel kosten lassen, diese Bindungen zu verlängern.

● Außer der SWSG können nur die ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen nennenswert Sozialwohnungen bauen; die wollen aber Flächen mit günstigen Konditionen, um preiswerter bauen zu können.

● Immerhin könnten Wohnungsunternehmen mit einem größeren Altbestand an Wohnungen neue Wohnungen mit Fördermitteln des sozialen Mietwohnungsbau erstellen und diese teilweise frei vermieten, wenn sie stattdessen Belegungsrechte für bestehende Wohnungen zur Verfügung stellen (so genannte »mittelbare Belegung«).

● Die Stadt könnte über die Vergabe von Erbbaurechten statt des Verkaufs von Grundstücken neue und langfristige Belegungsbindungen bekommen und die Erstellungskosten für Wohnungen wären wegen der geringen Grundstückskosten deutlich niedriger. Bisher ist auf Seiten der Stadtverwaltung kein Ansatz zu einer aktiven Neu-Orientierung zu erkennen: Es wird weiter verwaltet, aber keine Politik erarbeitet, die über bisherige Festlegungen hinausgehen würde, sie wird nicht einmal diskutiert.

### **Alte und neue Probleme bei der sozialen Wohnraumversorgung**

Eine der wohnungspolitischen Forderungen ist vor drei Jahren die Neudefinition der Mietobergrenze für

Arbeitslosengeld II – und SozialhilfebezieherInnen gewesen. Anfang 2013 ist diese zumindest entsprechend der Erhöhungen im Mietspiegel angehoben worden. Trotzdem haben wir die Erfahrung machen müssen, dass damit nicht deutlich mehr Wohnungen durch Klienten auf dem normalen Wohnungsmarkt hätten angemietet werden können. Der seit 1.1.2015 geltende Mietspiegel weist gegenüber seinem Vorgänger durchschnittliche Erhöhungen bei den Mieten in Stuttgart um 9% aus. Die Mietobergrenze ist trotz dieser deutlichen Steigerung zunächst nicht angepasst worden; erst im Juni ist sie dann ebenfalls um 9% erhöht worden; gleichzeitig ist aber der bisherige generelle Zuschlag von 10% für momentan wohnungslose Menschen gestrichen worden! Ein solcher Zuschlag muss im Einzelfall begründet werden; in größerem Umfang geschieht das wohl nur bei ganzen Wohnprojekten von Freien Trägern und ansonsten – so ist nach Rückmeldungen aus dem JobCenter zu befürchten - eben nicht! Solche Ermessens-Regeln für Einzelfälle kommen – um einen Ausdruck von Bürgermeister Föll zu verwenden – in der Regel »nicht in der Tiefe der Verwaltung an«, sie sind eher kosmetischer Natur und haben kaum reale Wirkungen.

**Mit der neuen Mietobergrenze haben die Chancen für Arbeitslosengeld II – und SozialhilfebezieherInnen, auf**

### **dem normalen Wohnungsmarkt eine neue Wohnung anmieten zu können, real abgenommen!**

Es ist deshalb kein Wunder, dass auch bei den Zahlen der Notfallkartei keine Besserung in Sicht ist; im Gegenteil: Diese werden deutlich steigen; wenn bezahlbarer Wohnraum für viele Menschen auf dem normalen Wohnungsmarkt nicht zu bekommen ist, sind diese umso mehr auf Sozialwohnungen angewiesen. Dabei geben die bisher veröffentlichten Zahlen zur Notfallkartei nicht einmal die ganze Problematik wieder: Wenn dort für Alleinstehende eine durchschnittliche Wartezeit bis zum Erhalt einer Wohnung zwischen 16 und 18 Monaten angegeben wird, werden alle diejenigen nicht aufgezählt, die schon (teilweise deutlich) länger warten und immer noch keine Wohnung erhalten haben (Diese Wartezeiten sollen wenigstens in Zukunft auch veröffentlicht werden). Zu einer weiteren Verschärfung des Wettbewerbs um eine Sozial-Wohnung trägt schon jetzt, aber in Zukunft sicher noch verstärkt die Zunahme von Flüchtlingen bei, die als Asyl-Bewerber anerkannt und damit Deutschen gleich gestellt werden: Schon jetzt leben mehr als 300 anerkannte, ehemals der Stadt zugewiesene Flüchtlinge in Flüchtlingsunterkünften und haben – ohne drei Jahre Wartezeit – Anspruch auf Aufnahme in die Notfallkartei. Und



dazu werden außerdem noch zunehmend anerkannte Asyl-Bewerber aus halb Deutschland wegen der Arbeitsmöglichkeiten nach Stuttgart kommen, dann allerdings wie Deutsche drei Jahre auf die Aufnahme in die Notfallkartei warten müssen, wenn sie nicht schon wegen eines sicheren Arbeitsplatzes hierher kommen.

### **Oktober 2015: Und es bewegt sich doch etwas!**

Die stark erhöhte Zuweisung von Flüchtlingen, auf welche auch die Stadt Stuttgart nicht vorbereitet war, hat (wohl) beim Oberbürgermeister auch zu einem überraschenden Umdenken bei der Anwendung des Zweckentfremdungsverbots geführt: Er hatte dieses vor einem Jahr noch klar abgelehnt und stattdessen mit einer Postwurf-Aktion von 150.000 Briefen an die Vermieter appelliert, wenigstens einen Teil der ca. 11.400 beim Mikrozensus festgestellten unvermieteten Wohnungen freiwillig doch zu vermieten. Diese vom Haus- und Grundbesitzerverein und vom Mieterverein mitgetragene Aktion hat offenbar praktisch überhaupt keinen zählbaren Erfolg gehabt. Der Oberbürgermeister hat nun zum Ärger des Haus- und Grundbesitzervereins und zur Freude des Mietervereins eine Vorlage zur Einführung des Zweckentfremdungsverbots in Stuttgart angekündigt, über welche er noch 2015

den Gemeinderat abstimmen lassen will. Anscheinend verspricht sich der Oberbürgermeister beim Bündnis für Wohnen nichts (mehr) von der Mitarbeit des Haus- und Grundbesitzervereins; tatsächlich kommen im Wesentlichen auch nur die ehemals gemeinnützigen Stuttgarter Wohnungsunternehmen und Baugenossenschaften in Frage, wenn er noch die in seinem Programm versprochenen 300 Sozialwohnungen pro Jahr verwirklichen will. So ist auch die Vorlage zu verstehen, die von Bürgermeister Föll am 23.10.15 in den Wirtschaftsausschuss eingebracht worden ist:

In fünf größeren Baugebieten, die sich noch in städtischem Eigentum befinden, sollen 60% der geplanten Wohneinheiten als Sozial-Wohnungen gebaut werden; die Hälfte davon soll mittelbar belegt werden (was auch verhindern soll, dass durch zu große Konzentration von Sozial-Wohnungen neue soziale Brennpunkte entstehen), was wohl nur Wohnungsunternehmen mit einem größeren, freien Wohnungsaltbestand in Stuttgart möglich ist. Die Grundstücke werden von der Stadt an die Wohnungsunternehmen im Erbbaurecht vergeben oder zu einem Preis unterhalb des Verkehrswerts verkauft.

Die Vorlage kommt für die sechs Jahre 2014 – 2019 rechnerisch auf 1.794 Sozialwohnungen, also sogar auf mehr als die versprochenen 1.700

(im Programm des Oberbürgermeisters stehen für 2014 nur 200 und erst ab 2015 jeweils 300 Wohneinheiten). Anscheinend haben sich genügend Stuttgarter Wohnungsunternehmen und Baugenossenschaften bereit erklärt, sich unter den dargestellten Bedingungen zu beteiligen, um diese Zahlen Wirklichkeit werden zu lassen. Auch wenn dies keine wirklich neue Wohnungspolitik in Stuttgart darstellt, muss man der Stadtverwaltung bescheinigen, dass sie innerhalb der unveränderten Rahmenbedingungen die gegenwärtig vorhandenen wohnungspolitischen Instrumente optimiert hat: Mehr an Sozialwohnungen dürften bis 2019 wohl nicht gebaut werden können (jedenfalls nicht ohne Änderung der Rahmenbedingungen; aber auch deren Änderung würde wohl erst nach 2019 Wirkung entfalten können). Damit ist das Bündnis für Wohnen aber trotzdem noch nicht als erfolgreich anzusehen: Im Zeitraum 2014 – 2019 werden nämlich etwa 1.000 Wohnungen mehr aus der Sozialbindung herausfallen als laut Vorlage gebaut werden sollen.

Mindestziel des Bündnis für Wohnen müsste es sein, wenigstens auch noch diesen Wegfall durch den entsprechenden Ankauf von neuen Belegungsrechten auszugleichen. Auch dafür braucht der Oberbürgermeister die ehemals gemeinnützigen Stuttgarter Wohnungsunternehmen. Bei

einigen Unternehmen scheint die Bereitschaft dazu vorhanden zu sein; ob sie insgesamt reichen wird, um das Bündnis für Wohnen nicht am oben dargestellten Minimalziel scheitern zu lassen, ist aber schwer vorherzusagen. Noch eine gute Nachricht: Die ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen wollen nach der Klärung der Frage des Kaufs von neuen und der Verlängerung von alten Belegrechten auch mit den Freien Trägern der Stuttgarter Wohnungsnotfallhilfe über eine Zusammenarbeit sprechen – etwa in ähnlicher Form wie derjenigen zwischen SWSG und Wohnungsnotfallhilfe

### **»Gut, dass wir darüber geredet haben...«**

Wenn man in einer Situation mit mangelnden Hilfemöglichkeiten Menschen in existentieller Not beraten muss, bekommt dieser Satz einen zynischen Beigeschmack. Wir wollen aber nicht nur reden, sondern auch wirksam handeln, wirklich helfen können – in vielen Fällen ist dazu eine neue Wohnung nötig!

### **Weiter Denken**

Wohnungen können aber nicht kurz einmal nach aktuellem Bedarf gebaut werden; Wohnungspolitik muss immer auch in größeren Zeiträumen denken (siehe Brief der Ambulanten Hilfe an Oberbürgermeister Kuhn vom 17.3.15 auf Seite 51); das Denken darf

also nicht mit dem Jahr 2019 aufhören:

Auch wenn das Programm 2014–2019 wirklich pünktlich erledigt werden sollte (jede Verzögerung würde dazu führen, das angestrebte Ziel von 300 Sozialwohnungen pro Jahr zu verfehlen), ist der nächste Einbruch beim sozialen Wohnungsbau vorprogrammiert, weil 2020 keine wesentlichen städtischen Grundstücke mehr für eine Fortsetzung des Programms vorhanden sind (das Rosenstein-Gelände würde wohl frühestens 2025 dafür in Frage kommen). Auch wenn sich das Bündnis für Wohnen – hoffentlich! – auf das Minimalziel für die Jahre 2014 – 2019 verständigen kann, muss das Bündnis und die Stuttgarter Politik überlegen, welche neue Qualität die Wohnungspolitik bekommen müsste: Wenn die bisherigen Optimierungsmöglichkeiten und die Flächen ausgereizt sind, ist offenbar eine grundsätzliche Neuorientierung der Wohnungspolitik in Stuttgart, aber auch in Baden-Württemberg notwendig.

### **Wohin sollte es aus Sicht der Wohnungsnotfallhilfe vorrangig gehen?**

Handlungsleitend sollten zwei Zielvorstellungen sein:

#### **1. Erhöhung des Bestandes an Sozial-Wohnungen**

Dazu wäre ein **kontinuierlicher jährlicher Zuwachs** an Sozialwohnungen

über lange Zeiträume hinweg notwendig; der soziale Wohnungsbau darf nicht bei ersten Entspannungstendenzen auf dem Wohnungsmarkt wieder zurückgefahren werden!

Der Zuwachs muss merkbar höher sein als der jährliche Wegfall und deshalb auch viel höher als im Programm des Oberbürgermeisters vorgeschlagen.

#### **2. Kontingente für KlientInnen der Wohnungsnotfallhilfe**

Für die Wohnungsnotfallhilfe ist der verlässliche Zugang zu Sozialwohnungen für ihre KlientInnen ein elementares Werkzeug. Da Wohnungsnotfallhilfe arbeitsfeld-übergreifend arbeitet, kommt das – dort wo es notwendig ist – auch KlientInnen von kooperierenden Arbeitsfeldern sozialer Arbeit zu gute.

Zur Sicherung des Zugangs scheinen Kontingente am Sozial-Wohnungsbestand das beste Mittel zum Zweck zu sein; zur Absicherung sind Kooperationen zwischen Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungswirtschaft notwendig.

#### **Welche Rahmenbedingungen müssen dazu geändert werden?**

Um die oben genannten Ziele erreichen zu können, müssen die politischen Rahmenbedingungen geändert werden:

- Die Stadt sollte über die bisherigen Planungen hinaus schon jetzt auf Vorrat neue Baugebiete planen.
- Die Stadt sollte eine aktive Boden-

vorratspolitik betreiben, also mehr Grundstücke kaufen als verkaufen.

- Die Stadt sollte keine Flächen für Wohnungsbau verkaufen, sondern nur mehr in Erbbaupacht vergeben.

- Land und Stadt sollten die Finanzierungen für Sozialwohnungen und Belegungsrechte erhöhen und ihre Inanspruchnahme erleichtern.

»Bündnis für Wohnen« am 18. März 2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
vielen Dank für die Einladung zur 2. Sitzung am 18. März.

In Ihrer Einladung haben Sie in leicht abgeänderter Form die zwei Fragen wiederholt, welche Sie bei der ersten Sitzung in den Raum gestellt haben:

1. Was kann die Stadtverwaltung für das Gelingen des »Bündnis für Wohnen« leisten?
2. Und was kann jeder einzelne Wohnbauträger für mehr Wohnungsbau, insbesondere geförderte Wohnungen, tun?

Bezogen auf die Ambulante Hilfe als Bauträger kann ich zu diesen beiden Fragen nicht viel Neues sagen: Das liegt einerseits daran, dass wir im Rahmen unserer personellen Möglichkeiten seit Jahren alles tun, um selbst Sozial-Wohnungen zu bauen.

Und andererseits wäre uns das nicht ohne die – innerhalb des politisch vorgegebenen Rahmens – umfassende Unterstützung des Amtes für Liegenschaften und Wohnen möglich gewesen.

Aufgrund dieser Erfahrungen haben wir auch unser Interesse angemeldet, als nächstes bei der Bebauung des Neckarparks mitzuwirken. Über die gute Zusammenarbeit mit dem Amt für Liegenschaften und Wohnen hinaus wünschen wir uns bei solchen künftigen Bauvorhaben auch eine kommunale Stelle zur Koordination aller betroffenen städtischen Ämter. Wichtiger als die Frage an die Stadtverwaltung scheint uns aber auf der Ebene sozialer Kommunalpolitik die Frage an die Politik zu sein, wie weit sie die politischen Vorgaben verändern kann und will, um zu einer wirklichen Erhöhung des Bestands an verfügbaren Sozialwohnungen zu kommen: Dazu wäre ein kontinuierlicher jährlicher Zuwachs an Sozial-Wohnungen über lange Zeiträume hinweg notwendig und der soziale Wohnungsbau dürfte auch nicht bei ersten Entspannungstendenzen auf dem Wohnungsmarkt wie in der Vergangenheit wieder zurückgefahren werden. Der Zuwachs müsste merkbar höher sein als der jährliche Wegfall von Belegungsbindungen und deshalb auch deutlich höher als in Ihrem Programm »Wohnen in Stuttgart« vorgeschlagen. Im bisher geplanten Umfang, der vorerst auch nur auf dem Papier steht, kann Ihr Programm im Bereich des sozialen Mietwohnungsbaus selbst bei vollständiger Umsetzung lediglich die Verschärfung des Problems abmildern. Das ist leider nicht nur eine Behauptung, sondern – nach unserer Kenntnis – eine von niemandem bestrittene Feststellung. Aus der Perspektive einer sozialen Kommunalpolitik lautet die Frage zuge-spitzt, ob die Politik es bei dieser Feststellung belassen darf. Oder ob sie stattdessen ernsthaft daran gehen müsste, das Problem selbst zu verringern. Dazu müsste die Politik aber sicher größere Planungszeiträume als bisher ins Visier nehmen. Und dabei müssten so grundsätzliche Fragen wie »Wie ökologisch ist eine Stadt?«, »Wie sozial ist eine Stadt?«, »Wie können die Bürger ihre Stadt mitgestalten?« und ähnliche immer wieder neu gestellt und neu beantwortet werden.

Das »Bündnis für Wohnen« könnte und sollte in dieser Richtung vor- und mit-denken.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Englmann  
Geschäftsführer



Seit August 2014 gibt es für die Bahnhofsvorplatzbesucher die Möglichkeit eine Toilette kostenfrei nutzen zu können. Früher gestaltete sich dies bei der einzigen öffentlichen Toilette im Bahnhof bei 50 Cent pro Toilettengang schwierig. Viele Besucher verrichteten deshalb ihre Notdurft im umliegenden Gelände; sehr zum Ärger der dortigen Geschäfte und Anwohner. Beim Runden Tisch - einem lokalen Gremium aus Vertretern der Sozialverbände,

des Gewerbe- und Handelsvereins, der Lokalpolitik, der Stadtverwaltung und Polizei- war dieses Problem schon länger ein Thema. Auf eine verbindliche und dauerhafte Lösung konnte man sich jedoch nicht einigen. Auf Initiative der Bahnhofsvorplatzbesucher hin brachte die Straßensozialarbeit erneut das Toilettenthema in den Runden Tisch ein. Sie bekam daraufhin den Auftrag in den umliegenden Geschäften und Gaststätten nachzufragen, ob ihre Toilette gegen eine Aufwandspauschale, die von der Stadt finanziert wird, genutzt werden darf. Die Gespräche mit den Geschäftsinhabern stießen auf ein überraschend positives Echo. Konkret dazu bereit, seine Toiletten zur Verfügung zu stellen, war der Betreiber eines Internetcafés gegenüber des Bahnhofs. Nach einer dreimonatigen Probezeit wurde der Versuch beim Runden Tisch besprochen und von allen Beteiligten einhellig als positiv bewertet und auf unbestimmte Zeit verlängert. Besonders die Bahnhofsvorplatzbesucher wussten dieses Entgegenkommen wirklich zu schätzen! Damit wurde das langjährige Problem einer längerfristigen Lösung des Themas »Toilette« am Bahnhofsvorplatz endlich zur Freude aller konkretisiert und in verlässliche Strukturen gebracht. Es bleibt abzuwarten und zu hoffen, dass diese Vereinbarung dauerhaft aufrecht erhalten bleibt.



Der freundliche Betreiber des Internetcafés



Es ist ein großes Glück, dass engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger unsere Arbeit für Menschen in Armut und Wohnungsnot unterstützen. Das sind beispielsweise gespendete Backwaren von den Bäckereien Sailer und Niazi, ohne die wir unser kostenloses

Frühstück im Café 72 nicht anbieten könnten. Die Bäckerei Veit spendete bei der Einweihung einer neuen Filiale 40 Meter Marmorkuchen, der zugunsten des Café 72 verkauft wurde. Weiterhin sind wir sehr froh über viele Kleiderspenden für die Kleiderkammer des Café 72. Hier benötigen wir immer wieder gebrauchte, tragbare Kleidung, die wir an Bedürftige weitergeben. Besonders begehrt sind Unterwäsche, Socken, Hosen, Handtücher, gute Schuhe und natürlich Schlafsäcke etc. für diejenigen, die im Freien übernachten. Neben diesen Sachspenden sind natürlich Geldspenden von allergrößter Bedeutung für das Weiterbestehen unserer Arbeit für Menschen in Armut und Wohnungsnot. Ohne regelmäßige Zuwendungen könnten wir unsere Angebote in der jetzigen Form nicht anbieten. Darum sei an dieser Stelle ganz ausdrücklich noch einmal allen Spenderinnen und Spendern im Namen der Menschen, für die wir tätig sind, gedankt!



## Frauenberatung fordert mehr sozialen Wohnungsbau

An diesem Montagvormittag sitzen drei Frauen in dem kleinen Wartezimmer der Zentralen Frauenberatung der Ambulanten Hilfe. Die Frauen, die die Hauptstätter Straße 87 aufsuchen, brauchen vor allem eines: ein Dach über dem Kopf. Und zwar meist dringend. Oft sind die Betroffenen schon obdachlos, oder die Wohnungslosigkeit droht in Kürze. Die Beraterinnen müssen meistens schnell handeln. Beim ersten Kontakt in der Sprechstunde geht es vor allem darum, wie den Frauen finanziell geholfen werden kann und wo sie schlafen können, sagt die

haben nur wenige eigene Wohnprojekte, und dann konkurrieren viele darum“, sagt Brüning. In der Regel arbeitet die Frauenberatung mit anderen Einrichtungen zusammen, die Wohnungen vermitteln, oder man versucht, die Frauen in Sozialwohnungen unterzubringen. Beides ist nicht einfach. „Zurzeit verwalten wir Wartelisten“, sagt Iris Brüning.

Die Situation sei im Moment besonders schwierig, bestätigt die Sozialpädagogin Maria Hassemer-Kraus. Bisher musste die Geschäftsführerin der Zentralen Frauenberatung noch niemanden auf die Straße schicken. „Aber wir sind oft sehr unter Druck“, sagt sie. Denn, was in Stuttgart fehle, seien preiswerte Wohnungen. „Das ganze Hilfesystem ist verstopft, weil es zu wenige Sozialwohnungen gibt“, sagt Hassemer-Kraus. Zudem konkurrieren zu viele soziale Einrichtungen und Hilfsorganisationen um die wenigen Wohnungen, die vorhanden sind. „Unsere Damen sind da oft am Ende der Fahnenstange“, so die Erfahrung der Geschäftsführerin.

Sozialpädagogin Stefanie Uphoff. Einer 48-Jährigen aus Gablenberg wurde die Wohnung fristlos gekündigt. „Ich habe aber noch Glück“, sagt sie erleichtert. Denn schon Mitte März kann sie durch die Vermittlung der Frauenberatung eine neue Wohnung beziehen. Derzeit sei sie arbeitslos, erzählt die gelernte Verkäuferin. „Aber erst mal eine Wohnung zu haben, war mir am wichtigsten“, sagt sie. Glück hatte die 48-Jährige auch deshalb, weil ihr die Sozialarbeiterin Iris Brüning zu einer Wohnung aus dem Bestand der Ambulanten Hilfe verhelfen konnte. Das ist selten. „Wir

Denn viele der Betroffenen, die die offene Sprechstunde der Frauenberatung aufsuchen, leben in prekären Verhältnissen. Oft haben sie sich gerade vom Partner getrennt, haben keine Arbeit, Suchtprobleme oder psychische Erkrankungen. „Wir haben ein Hardcore-Klientel“, sagt Hassemer-Kraus. Für die Frauen eine Bleibe zu finden, sei oft schwierig. Auf dem hart umkämpften Wohnungsmarkt sind sie nicht die erste Wahl von Vermietern und Maklern.

Dabei geht es noch lange nicht um eine eigene Wohnung. Zunächst versuchen die Mitarbeiterinnen der Ambulanten Hilfe, den Frauen ein Bett in einer Notunterkunft zu besorgen, wenn sie gar keine Bleibe mehr haben. Sieben Plätze stehen der Frauenberatung dafür in Stuttgart zur

Verfügung. „Das sind wirklich sehr einfache Unterkünfte“, sagt die Mitarbeiterin Stefanie Uphoff. Ziel der Beraterinnen ist es, die Frauen zunächst in ein Sozialhotel, in die Frauenpension in Bad Cannstatt, das ASH Frauenwohnprojekt, ins Käthe-Luther- oder Neefhaus zu vermitteln.



Foto: Nina Ayerle

„Das Hilfesystem ist verstopft, weil es zu wenige Sozialwohnungen gibt.“

Maria Hassemer-Kraus, Geschäftsführerin

### ZAHLEN UND FAKTEN ZUR EINRICHTUNG

**Entstehung** Im Jahr 1982 haben Mitarbeiterinnen freier Träger in Stuttgart und das Sozialamt den Arbeitskreis „Frauen“ gegründet, um sich speziell um obdachlose Frauen zu kümmern, woraus die Zentrale Frauenberatung der Ambulanten Hilfe hervorging.

**Zahlen** Im Jahr 2013 kümmerte sich die Beratung um 653 Fälle, davon waren 589 Frauen und 64 Männer, die im Rahmen der Paarberatung kamen. Insgesamt wurden in der Stuttgarter Wohnungsnothilfe im vergangenen Jahr 1487 Frauen gezählt. Da-

mit sind heute fast 22 Prozent der Wohnungslosen Frauen.

**Zielgruppe** Die Beratungsstelle ist von Montag bis Freitag für Frauen ab 25 Jahren in Wohnungsnot mit sozialen und psychischen Problemen geöffnet. nay

## Sozialhotel statt Traditionsgaststätte

Wangen: Ambulante Hilfe will psychisch angeschlagene Menschen im „Rössle“ betreuen

Die Nachricht machte schnell die Runde: Ende des Monats schließt das Restaurant/Hotel „Rössle“. Damit gibt es ein Traditionslokal weniger in Wangen. Der Besitzer hat die Immobilie an die Ambulante Hilfe verkauft. Der erfahrene Verein will dort psychisch kranken Menschen Wohnungen mit professioneller Betreuung bieten. Ziel des Hotel-Plus-Konzepts ist es, durch das begleitete Zusammenleben eine Verschlimmerung der Situation zu verhindern.

VON MATHIAS KUHN

Die „Trauer, dass die nächste Traditionsgaststätte schließt“, so Bezirksvorsteherin Beate Dietrich ist auch unter den Bezirksbeiräten, die sich dort zur Nachsitzung trafen, groß. „Wir können es nicht aufhalten und müssen nun das Beste aus der Situation machen“, stellte Marjan Laszlo (CDU) auf eine Nachfrage aus dem Publikum klar. Die Bestürzung ist auch in der Bevölkerung groß. In seinem Schaukasten teilt der Wirt seinen Gästen mit, dass er die Traditionsgaststätte samt Hotel zum Ende des Monats schließt. Die Ambulante Hilfe hat das Gebäude im Januar erworben. „Wir wollen dort psychisch kranken Menschen, die ihre Wohnungen verloren haben, Zimmer und professionelle Betreuung anbieten. Das Konzept lautet Hotel Plus“, erklärte Michael Knecht von der Ambulanten Hilfe. Der Verein Ambulante Hilfe hat sich in der Betreuung und Beratung von wohnungslosen Menschen in den vergangenen mehr als drei Jahrzehnten einen guten Ruf erworben und viel Erfahrung gesammelt. Dabei habe sich auch gezeigt, dass es Menschen gibt, die nach persönlichen Krisen wie Krankheit, Ar-



Das traditionsreiche Hotel-Restaurant „Rössle“ ist verkauft. Die Ambulante Hilfe will dort ein Hotel Plus für psychisch Kranke einrichten. Foto: Kuhn

werden die Gäste tagsüber von mindestens zwei Vollzeit-Mitarbeitern der Ambulanten Hilfe in Kooperation mit dem gemeindepsychiatrischen Dienst und dem Klinikum Stuttgart. In den Nachtstunden wird es einen Pfortendienst geben. Im Mai werde mit dem Umbau des Hotels begonnen. „Außerlich wird sich kaum etwas ändern“, beruhigte Knecht. Gerhard Föll (Grüne) hatte auf das Ensemble von Lamm, denkmalgeschütztem Alten Rathaus, Kelter und dem „Rössle“ hingewiesen.

Einzug im September

Auch im Innern des Hotels seien die Umbauten relativ überschaubar. Insgesamt sind 15 statt bisher 20 Zimmer für die Gäste, Büroräume sowie Gemeinschaftsräume im Erdgeschoss und Gemeinschaftsküchen vorgesehen. Der Umbau soll im Mai beginnen und bis Anfang September abgeschlossen sein. „Die Menschen können dann ohne eine Grundbedingung einziehen. Wir werden versuchen, ihr Vertrauen zu gewinnen, um sie ins normale System zurückzubringen“, sagt Silke Lang-Schiefer. Die drei Ambulante-Hilfe-Mitarbeiter verstehen durchaus auch die Bedenken mancher Bürger, dass mit dem Hotel Plus ein weiterer sozialer Brennpunkt im Ortskern entsteht, und dass mit den bereits bestehenden und gut integrierten Einrichtungen langsam „ein Ungleichgewicht entstehen“ könnte. „Wir werden auf die Nachbarschaft zugehen, Beschwerden ernst nehmen. Aus den Erfahrungen mit unseren bestehenden Einrichtungen kann ich sagen, dass sie nicht wahrgenommen werden und Teil des Stadtbezirks werden“, so Knecht.

beitsverlust, Tod oder Trennung eines Nahestehenden psychisch angeschlagen sind und durchs Raster fallen. Sie werden von der Wohnungsnotfallhilfe nicht angemessen betreut und den psychiatrischen Dienst scheuen die Betroffenen, weil sie sich nicht krank fühlen.

„Es sind meistens alleinstehende Männer im Alter von 35 bis 55 Jahren, die den Tritt verloren haben. Manche sind etwas wunderlich, aber nicht gefährlich“, charakterisiert Iris Schüle die künftigen Rössle-Gäste. „Ihnen bieten wir ein Hotelzimmer mit Sozialarbeit vor Ort.“ Betreut

## Bürger lehnen Sozialeinrichtung ab

**Wangen** Eine Unterschriftenaktion soll das im Hotel Rössle geplante Heim für psychisch Kranke verhindern. Von Caroline Leibfritz

Die geplante Umwidmung des Traditionshotels Rössle in ein Heim für psychisch kranke Menschen sorgt in Wangen für Aufregung. Mehrere hundert Wangener haben an einer Unterschriftenaktion teilgenommen, um die Sozialeinrichtung, die vom Verein Ambulante Hilfe getragen werden soll, zu verhindern. Initiiert wurde die Protestaktion von Hermann Zondler, der selbst in dem Stadtbezirk lebt. Er hat die Unterschriften samt der schriftlichen Bitte, die Pläne rückgängig zu machen, direkt an Oberbürgermeister Fritz Kuhn weitergeleitet.

Da der Wangener Bezirksbeirat, wie berichtet, erst sehr kurzfristig von der neuen Einrichtung für psychisch Kranke erfahren hat, verweist Zondler im ersten seiner zwei Briefe an den OB auf „das nicht rechtzeitige Anhören des Bezirksbeirats“. Dies wolle er zum Anlass nehmen, das Thema nochmals aufzugreifen. Zondler fürchtet – wie viele andere Wangener auch – um das soziale Gleichgewicht im Stadtbezirk. Die Umwidmung des Rössle, so heißt es in seinem Schreiben, „wäre für unseren Stadtbezirk zweifelhaft eine wichtige gemeindliche Angelegenheit“.

Für Vereine, Jahrgangsgruppen, zahlreiche Stammtische sowie für kirchliche Gremien, sei das Hotel Rössle „ein Stück Heimat“. Eine vergleichbare Alternative gebe es in Wangen nicht.

Seinem zweiten Brief an den OB hat Zondler nun eine Liste mit 329 Unterschriften beigelegt. Alle Bürger, die darauf unterzeichnet haben, hoffen, dass das Rössle als öffentliche Gaststätte mit Hotel

erhalten bleibt. Das Rössle, so heißt es in dem Schreiben „war und ist für den Wangener Kernbereich eine Institution mit Magnet- und Leuchtturmfunktion“. Der schon „seit Jahren schwächelnde Einzelhandel“ sowie diverse Dienstleistungsbetriebe würden mit der Schließung des Rössle zusätzliche Umsatzeinbußen erleiden.

Zondler erklärt, dass er gemeinsam mit anderen Wangener Bürgern „die erforderlichen finanziellen und sonstigen Voraussetzungen“ organisieren könne, um den bereits erfolgten Verkauf des Rössle an den Verein Ambulante Hilfe zu „stornieren“ oder das Rössle von der Ambulanten Hilfe zu erwerben. So könne die beliebte Gaststätte in ihrer bisherigen Funktion erhalten bleiben.

Auch Wangens Bezirksvorsteherin Beate Dietrich würde sich freuen, wenn das Rössle weiter bestünde. Und sie hat Verständnis für die Ängste der Menschen. „Die Sorge der Wangener ist deshalb groß, weil sie sich zwei Dinge nicht vorstellen können: Wangen ohne Rössle und nicht zu wissen, was da genau kommt“, erklärt Dietrich. Als Bezirksvorsteherin sehe sie den Stadtbezirk mit seinen Problemen, als städtische Mitarbeiterin die Verpflichtung der Stadt, „sich um die Bürgerinnen und Bürger zu kümmern, die das nicht aus eigener Kraft können“. Aus der Bürgerschaft, so die Bezirksvorsteherin, bekomme sie sehr differenzierte Rückmeldungen: „Psychisch kranke Menschen gibt es überall und wir haben ihnen gegenüber die gleiche Verantwortung wie anderen Kranken gegenüber.“ Ihrer Ansicht nach hätte es andere Reaktio-



Das Hotel Rössle ist bei den Wangenern sehr beliebt. Foto: Caroline Leibfritz

nen gezeitigt, wenn ein alternativer Standort gewählt worden wäre und die Menschen nicht das Gefühl hätten, es werde ihnen „etwas Wichtiges weggenommen“.

Die Stadt hat nach den Worten der stellvertretenden Sozialamtsleiterin Gabriele Reichhardt keine Handhabe in Bezug auf die neue Einrichtung. Schließlich bestehe ein gültiger Kaufvertrag zwischen der Ambulanten Hilfe und dem früheren Besitzer des Hotels Rössle. Außerdem habe der Trägerverein das Konzept der Einrichtung gemeinsam mit dem Sozialamt und damit im Sinne der Stadt entwickelt.

„Die Ambulante Hilfe hat gezielt nach einem hotelähnlichen Gebäude gesucht, um das Angebot so niederschwellig wie möglich zu machen“, sagt Reichhardt. Das Haus sei für die geplante Einrichtung optimal geeignet. Dass es seitens der Wangener Bevölkerung nun Unmut gebe, sei bedauerlich, sagt die stellvertretende Amtsleiterin. Jedoch brauche es in Stuttgart auch Plätze für psychisch Kranke und Wohnungslose. „Die Ambulante Hilfe ist ein sehr guter und erfahrener Träger“, sagt sie. „Und wir tun alles dafür, dass sich die Klienten in Wangen gut eingliedern.“

# Aus dem Hotel Rössle in Wangen wird ein Sozialhotel

### Sozialausschuss fordert mehr Bürgerbeteiligung bei Projekten

VON BARBARA CZIMMER-GAUSS

**STUTTGART.** Die Ambulante Hilfe richtet in Wangen an der Ulmer Straße ein Sozialhotel ein. Dort sollen bis zu 15 psychisch auffällige Menschen aus der Obdachlosenszene einziehen, die bestehende Wohnangebote nicht annehmen.

Hotel Plus heißt das Projekt, weil das Sozialhotel so leicht zugänglich sein soll wie jedes andere Hotel, als Plus aber Beratung und Betreuung durch Fachleute aus der Wohnungsnotfallhilfe bietet. Dass diese Nutzungsänderung den Wangenern erst mitgeteilt wurde, als der Hauskauf schon vertraglich geregelt war, hat Protest verursacht.

In einer Unterschriftenliste haben sich 468 Wangener an OB Fritz Kuhn gewandt mit der Bitte, er möge sich der Sache doch noch einmal annehmen. Denn mit dem Gebäude verlieren sie ein beliebtes Traditionslokal, das Restaurant/Hotel „Rössle“.

„Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung“ wären von Vorteil gewesen, kritisierte Stadträtin Beate Bulle-Schmid (CDU) im Sozialausschuss am Montag. Ihr schlossen sich die anderen Fraktionen an, und Hannes Rockenbach (SÖS) bekräftigte in diesem Zusammenhang die Forderung seiner Fraktionsgemeinschaft nach einer „Vorhabensliste“, die die Stadt künftig führen soll.

Die Wangener fürchten, dass das soziale Klima in ihrem Stadtteil kippt. Denn das

Sozialprojekt ist nicht das einzige, das für den Neckarvorort geplant ist: Auch das bisherige Gasthaus Lamm in der Ulmer Straße wird als Flüchtlingsunterkunft genutzt. Zwar wissen die Bezirksbeiräte, dass Stuttgart große Not mit der Unterbringung von Flüchtlingen hat, dennoch forderte die CDU, die alten Gasträume weiterhin den örtlichen Vereinen zur Verfügung zu stellen.

## Hotelier sucht in Stuttgart nach einer anderen Herausforderung

OB Fritz Kuhn wird allerdings nichts gegen das jüngste Projekt unternehmen können. „Ich habe bereits ein Schreiben an die Bürger verfasst und erläutert, dass wir dort keine andere Möglichkeit hatten, weil das Hotel von privat an privat verkauft worden ist. Ferner konnten wir aus rechtlichen Gründen nicht vor der Vertragsunterzeichnung an die Öffentlichkeit gehen“, erläuterte Sozialbürgermeisterin Isabel Fezer.

Am 4. Mai übergibt die Familie von Yavuz Dikkatli das Gebäude. „Das Restaurant ist schon geschlossen, und im Hotel wohnen derzeit noch Gäste, die reserviert hatten“, sagt der Hotelbetreiber. Er wolle die Branche nicht verlassen, nach 13 Jahren habe er halt nach einer neuen Herausforderung gesucht.



# Der rollenden Praxis geht das Geld aus

**Medizin** Medmobil bietet obdachlosen Menschen eine Grundversorgung. Die Frage ist, wer künftig zahlt. Von Nicole Höfle

An Patienten fehlt es der rollenden Arztpraxis Medmobil nicht, wohl aber an einer gesicherten Finanzierung. In dem umgebauten Fahrzeug wurden in den vergangenen fünf Jahren mehr als 1800 Menschen behandelt, viele davon sind obdachlos, viele kommen immer wieder. Für Sozialbürgermeisterin Isabel Fezer (FDP) und für fast alle Fraktionen des Gemeinderats ist Medmobil ein unverzichtbarer Baustein in der medizinischen Versorgung von wohnungslosen Menschen in der Stadt. Dennoch ist unklar, wer vom

„Wir haben es mit Menschen zu tun, die jahrelang nicht beim Arzt waren.“

Sozialarbeiterin Iris Scherrenbacher

ministerium im Jahr 2013 ins Leben gerufen hat und an der Vertreter der Krankenkassen, der Kassenärztlichen Vereinigung und der kommunalen Spitzenverbände beteiligt sind. Die Gruppe wurde eingerichtet, nachdem eine Studie gezeigt hat, dass Obdachlose medizinisch schlecht versorgt sind. Darüber besteht Konsens unter den Beteiligten, strittig aber ist, welche Angebote sinnvoll sind und wer diese finanzieren soll. Das Ministerium plant einen zwei-



Seit inzwischen fünf Jahren werden in der mobilen Arztpraxis wohnungslose Menschen unbürokratisch versorgt. Foto: Gottfried Stoppel

nächsten Jahr an die jährlichen Kosten von 160 000 Euro tragen wird. Bisher wird die Arbeit aus der Erbschaft der Eheleute Finckh getragen, bis Jahresende wird diese aufgebraucht sein. Die Hoffnungen liegen auf einer Arbeitsgruppe, die das Sozialprojekt veranlasste den Stadtrat Hannes Rockenbach (SÖS/Linke) in dieser Woche im Sozialausschuss zu der Frage, warum ein so etabliertes Modell erneut an einem Pilot teilnehmen müsse. „Es wäre sinnvoller, eine Regelfinanzierung zu schaffen.“

Das Prinzip von Medmobil ist einfach: Die rollende Praxis fährt von Montag bis Freitag unterschiedliche Plätze in der Stadt an, an denen sich Obdachlose treffen, etwa die Paulinenbrücke und den Oberen

Schlossgarten. Dabei sind ehrenamtlich ein Arzt und eine Pflegekraft sowie ein hauptamtlicher Sozialarbeiter. Angeboten wird eine Erstversorgung, ausgegeben werden nur rezeptfreie Medikamente. Wenn nötig, werden die Hilfesuchenden an niedergelassene Ärzte weitervermittelt. „Wir kooperieren mit 15 Ärzten und drei Zahnärzten, die die Patienten übernehmen“, erklärt die Sozialarbeiterin Andrea Günther von der Ambulanten Hilfe, einem Verein, der gemeinsam mit den Ärzten der Welt Träger von Medmobil ist. Der Pool der Praxen sei ausreichend, Engpässe gebe es nur bei den Zahnärzten. „In diesem Bereich haben wir einen hohen Bedarf“, so Günther.

Die Sozialarbeiter von Medmobil haben in den vergangenen fünf Jahren detailliert Statistik geführt. 25 Prozent der Patienten

gaben an, wohnungslos zu sein, andere waren in Notunterkünften, bei Bekannten oder im betreutem Wohnen untergebracht. Ein Drittel gab beim ersten Kontakt an, ohne eigenes Einkommen zu sein, der große Rest lebt von Hartz IV oder von Rente. 22 Prozent der befragten Patienten waren nicht krankenversichert, Tendenz steigend. Die häufigsten Anliegen waren Hautprobleme, Beschwerden des Bewegungsapparates und der Atmungsorgane. „Wir haben es mit Menschen zu tun, die jahrelang nicht beim Arzt waren“, sagt die Sozialarbeiterin Iris Scherrenbacher. Bestätigung bekommt sie von der Kassenärztlichen Vereinigung. „Die normale Praxis ist für diese Menschen nicht der Ort, an dem sie Hilfe suchen, sie brauchen unbürokratische Angebote“, so Sprecher Kai Sonntag.

# MedMobil soll weiter rollen

STUTT GART (czi). Seit 2009 unterstützt das MedMobil die gesundheitliche Versorgung von wohnungslosen Menschen. Bisher hat die Stadt dieses Angebot aus der Erbschaft der Eheleute Hedwig und Max Finckh finanziert, doch zum Ende diesen Jahres sind die Mittel aufgebraucht. Damit steht die Existenz des MedMobils auf der Kippe. Die in der Wohnungsnotfallhilfe tätigen Sozialträger und der Verein Ärzte der Welt sind Betreiber des MedMobils und schlagen vor, das Angebot dauerhaft über den Haushalt der Sozialverwaltung zu finanzieren. Sie erklären sich auch bereit, einen Eigenanteil beizusteuern. Laut Sozialbürgermeisterin Isabel Fezer spricht sich die Landeshauptstadt „eindeutig für die Beibehaltung des Angebots“ aus, will es aber nicht allein finanzieren: „Ich möchte andere Akteure mit in die Verantwortung bitten.“

## Erfolgreiche Straßensozialarbeit

■ Bad Cannstatt: Seit zehn Jahren gibt es das Projekt von Ambulanter Hilfe und Caritasverband

Kaum haben Andrea Nanz und Christoph Lakner den Bahnhofsvorplatz erreicht, werden sie in Beschlag genommen. „Du, ich hab ein Problem.“ Die Straßensozialarbeiter haben zu ihrem Klientel ein Vertrauensverhältnis aufgebaut. Drei Mal in der Woche laufen sie markante Punkte an, an denen sich Menschen ohne festen Wohnsitz aufhalten. Der Bahnhofsvorplatz ist nach wie vor beliebter Treffpunkt.



Zwei Streetworker sind dienstags, mittwochs und donnerstags am Bahnhofsvorplatz und kümmern sich um ihr Klientel. Foto: Rehberger

VON EDGAR REHBERGER

Im vergangenen Jahr hatten die beiden Streetworker des Caritasverbandes und der Ambulanten Hilfe zu 149 Personen Kontakt, 113 Männer und 36 Frauen. 83 hatten kein festes Mietverhältnis, kommen bei Bekannten, in Notunterkünften im betreuten Wohnen unter oder leben auf der Straße. Zu Suchtproblemen kommen auch psychische Auffälligkeiten. Andrea Nanz und Christoph Lakner vermittelten 45 Personen an weiterführende Dienste oder halfen, eingeschlafene Hilfefprozesse wiederzubeleben. „Einige trauen sich nicht auf Ämter, weil sie sich beim letzten Mal daneben benommen haben“, erläutert Nanz. Ansatzpunkt für die Streetworker, vermittelnd einzugreifen.

Ihr Klientel treffen sie am Neckarufer, am Jakobsbrunnen, in der Marktstraße, am Wilhelmsplatz und vor allem am Bahnhofsvorplatz. „Das ist der Sagnetreff“, sagt Christoph Lakner. In diesem sehr war-

### ZEHN JAHRE PROJEKT STRASSENSOZIALARBEIT

Seit zehn Jahren gibt es das Projekt Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt. Auslöser war die Kritik von Passanten und Ladenbesitzern über Menschen, die sich tagsüber in der Marktstraße aufhalten. Sie fühlten sich dadurch belästigt. Ein Runder Tisch, an dem Polizei, Freie Träger, Ämter, Gewerbe- und Handelsverein, Bezirksbeirat, Gemeinderat und Bürgerschaft vertreten waren, stieß das Projekt an. Den Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten sollte geholfen

und diese nicht verdrängt werden. Kernelement der beiden Streetworker war die regelmäßige und verlässliche Präsenz an den Plätzen. Es wurden weiterführend Unterstützungsangebote vermittelt. In den ersten drei Jahren wurde das Projekt überwiegend durch Mittel der Aktion Mensch finanziert, dann sprang die Stadt ein, finanziert die zwei Mal 0,4 Stellen. Dienstags, mittwochs und donnerstags sind die beiden Streetworker unterwegs.

men Sommer sei zeitweilig sehr viel los gewesen. Zeitweise waren bis zu 30 Personen – sonst sind es im Schnitt 15 – vor Ort. „Da kamen auch welche aus der Innenstadt.“ Doch diese seien vom Stammklientel nicht gewünscht. „Sie wollen ihre Ruhe haben“, erläutert Andrea Nanz. Denn alkoholbedingt gibt es auch Auseinandersetzungen.

Nach Beschwerden aus dem Umfeld gingen die Streetworker die Geschäfte und Läden im Umfeld des Bahnhofs ab, stellten sich vor. „Das kam gut an.“ Dadurch wurde ein weiteres Problem gelöst: die Toilettenfrage. In einem Laden können die Personen vom Vorplatz jetzt das stille Örtchen aufsuchen. „Das klappt gut.“ Nanz und Lakner versuchen, passgenaue Hilfen für das Klientel zu finden. Zuhören, Kennenlernen, eine Beziehung aufbauen – mit Adressen vermitteln ist es nicht immer getan. „Schwellenängste müssen abgebaut werden“, so Lakner. Die Person wird dann begleitet. „Das ist oft eine Gratwanderung“, ergänzt Nanz.

Erfolgreich ist auch das sogenannte PolizeiKooperationsgespräch, bei dem Vertreter des Polizeireviers, der Bahnpolizei, des Bahnsecuritymanagements und Nutzer des Vorplatzes am Tisch sitzen. „Der direkte Kontakt ist immer besser als die Vermittlung über uns“, so die Streetworker. Das gilt auch für den Runden Tisch, bei dem jetzt auch gewählte Nutzer des betreuten Klientels dabei sind. „Jetzt wird mit und nicht nur über diese Menschen gesprochen.“

## Roma nutzen niederschwellige Hilfen

Soziales In Einrichtungen für Obdachlose herrscht großer Andrang. Von Christine Bilger

Die im Schlossgarten kampierenden Romafamilien suchen Angebote der kirchlichen und freien Träger für Obdachlose auf. Dort hilft man ihnen gern mit Essen, Kleidung und Duschmöglichkeiten. Jedoch berichten die Verantwortlichen, dass ihre Einrichtungen dadurch stark belastet sind – und dass die zusätzliche Nachfrage mitunter Konflikte mit sich bringt. Die Situation sei schwierig, „es ist ein immenser Druck, den unsere Kollegen haben“, sagt Harald Wohlmann, Fachdienstleiter für offene Hilfen bei der Caritas. Das beobachtet er sowohl in der Tagesstube an der Olgastraße, als auch in der Franziskusstube an der Paulinenbrücke. Auch von den Kollegen der Evangelischen Gesellschaft (Eva) habe er Ähnliches gehört, sagt Wohlmann. „Wir wollen natürlich helfen, und möglichst allen. Bei den Romafamilien ist die Anzahl der Leute, die auf einmal kommen, ein Problem“, fasst er zusammen, was die Mitarbeiter belastet.

Bis zu 20 Personen kämen auf einmal, um Essen oder Kleidung aus der Kleiderkammer zu erhalten. „Wir müssen dann – ob wir wollen oder nicht – auswählen und die Zahl beschränken. Das ist nicht leicht durchzusetzen. Aber wir wollen eben, dass unsere hiesigen Wohnungslosen auch noch Platz haben“, fügt Wohlmann hinzu. Wegen des Andrangs sei es auch schon zu Konflikten zwischen „einheimischen“ Obdachlosen und den Roma aus Rumänien, in seltenen Fällen aus Bulgarien, gekommen. „Wir stehen dann zwischen den Gruppen und werden angegangen.“ In einzelnen Fällen habe man sogar schon die Polizei gerufen. Diese Ankündigung sei trotz der schlechten Deutschkenntnisse verstanden worden – die Gruppen zogen sich zurück.

Anders geht das Personal des Cafés 72 des Vereins Mobile Hilfen vor. „Wir beschränken die Zahl nicht“, sagt die Sozialpädagogin Diana Neugebauer. Roma seien im vergangenen Jahr vereinzelt gekommen, dass aber ganze Sippen auf einen Schlag das Café aufsuchen würden, sei eine neue Entwicklung dieses Sommers. Bis zu 50 auf einmal würden ankommen, dann sei die Hälfte der Sitzplätze belegt. „Es kommt schon ein bisschen Neid auf bei unseren Stammgästen“, berichtet sie. Etwa weil die Romafamilien immer ein neues T-Shirt und Socken aus der Kleiderkammer wollen – hiesige Obdachlose würden das seltener nachfragen. Das Café habe schon seine Küche erweitert, auch wegen der gestiegenen Nachfrage. „Erst kamen Polen und Rumänen, nun noch die Roma“, beschreibt Neugebauer. Angehörige dieser Gruppe seien von 2014 an zunächst nur vereinzelt aufgetreten, seit diesem Jahr in immer größerer Zahl. Zurzeit überlege das Team, mindestens eine weitere Dusche einbauen zu lassen – bislang gibt es nur eine.

Damit das Klima im Café gut bleibe, wolle man eine Art Vermittlungsgespräch anberaumen: Hiesige regelmäßige Besucher die rumänisch sprechen, sollen übersetzen. Bei diesem Gespräch sollen die Roma erzählen, warum sie nach Deutschland kommen und was sie bedrückt. Die Stammgäste sollen ebenfalls von sich erzählen. Schor jetzt würden die Sprachkenntnisse der Gäste häufig zum Dolmetschen gebraucht.

## Ärger über dauerbesetzte Bahnhofs-Toilette

■ Untertürkheim: Wohnsitzloser sperrt sich in WC ein – Stadt reinigt Räume fünf Mal in der Woche

(mk) – Das Häuschen am Untertürkheimer Bahnhof ist die einzige öffentliche Toilette im Ortskern. Bürger beschwerten sich, dass die gemeinsame Kabine für Damen und Herren verdreckt und oft verschlossen ist. Doch nicht die Stadt hat die Kabine gesperrt. Vielmehr entfremdet ein Wohnsitzloser die Kabine für seine Zwecke. Die Geruchsbelästigung danach sei enorm, heißt es.

Wenn es pressiert, ist die Toilette am Untertürkheimer Bahnhof die einzige, öffentliche Anlaufstation in Untertürkheim. Das unscheinbare Häuschen am Rande des Parkdecks in der Arlbergstraße wird von der städtischen Abfallwirtschaft Stutt-

gart (AWS) verwaltet. Es handelt sich um eine konventionelle, kostenlos zu nutzende Anlage. Dort stehen ein Pissoir für Männer und eine gemeinsame Toilettenkabine für Damen, Herren und Behinderte zur Verfügung. Während das Pissoir nicht zu verriegeln ist, kann die benachbarte Kabine vom Nutzer abgeschlossen werden. Die Anlage ist – mit Ausnahme bei längerfristigen Reparaturen – an 24 Stunden rund um die Uhr geöffnet. In letzter Zeit standen allerdings Passanten öfter vor einer verschlossenen Kabinentür. „Auch nach mehrfachen Rütteln oder Klopfen wurde die Tür nicht entriegelt, weswegen die Passanten davon ausgegangen sind, dass die

Anlage von städtischer Seite geschlossen wurde“, berichtet ein Mitarbeiter eines Betriebs im Bahnhofsgebäude. Auch beim Bezirksamt wurden Beschwerden über die verschmutzte und geschlossene Toilette laut.

Allerdings trägt der Schein. Laut Auskunft der Abfallwirtschaft wurde die Kabine keineswegs gesperrt, sondern sie werde durch einen Wohnsitzlosen häufig zweckentfremdet. Er sperre sich in der Kabine immer wieder ein, wodurch die Toilette tatsächlich geschlossen erscheint. Leider habe die AWS darauf keinen Einfluss, zumal der Missbrauch überwiegend außerhalb der Dienstzeiten erfolge. Die Verantwortlichen und

das Bezirksamt haben bereits Kontakt mit der Polizei aufgenommen und auch selbst sporadisch Kontrollen durchgeführt.

Schließlich ist nicht nur die teilweise stundenlange Blockade ein Ärgernis. Die Geruchsbelästigung nach dem Aufenthalt des Wohnsitzlosen sei nämlich enorm und auch mit herkömmlichen Mitteln nur schwer zu beseitigen, teilte eine AWS-Mitarbeiterin dem Bezirksamt mit. Dabei werde die Untertürkheimer Bahnhofs-toilette regelmäßig – Montag bis Freitag je einmal täglich – gründlich gereinigt. Deswegen würde sich sowohl die Toilettenkabine als auch das Pissoir in einem einwandfreien Zustand befinden – eigentlich.

### Frauenberatung

## Verdienstkreuz für Hassemer-Kraus

Die Geschäftsführerin der Zentralen Frauenberatung, Maria Hassemer-Kraus, hat am Mittwoch in Leinfelden-Echterdingen das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen bekommen. „Dank des großen Engagements von Maria Hassemer-Kraus haben



Foto: Horst Rudel

Maria Hassemer-Kraus hat Frauen geholfen.

schutzlose Frauen in schwierigen Lebenssituationen Zuflucht und Unterstützung erfahren. Mit ihrem Einsatz ist sie uns ein Vorbild“, betonte die Staatssekretärin Marion von Wartenberg in ihrer Laudatio.

Maria Hassemer-Kraus ist seit 1975 in Stuttgart als Geschäftsführerin der Zentralen Frauenberatung in der Wohnungsnothilfe aktiv. Die Sozialarbeiterin hat zahlreiche Hilfen für wohnungslose Frauen mitentwickelt und gestaltet, darunter das Neeffhaus oder den Tagestreff „Femmetastisch“. Seit der Gründung der Zentralen Frauenberatung ist Maria Hassemer-Kraus die Leiterin und Koordinatorin der Wohnungslosenhilfe.

Bei der Gründung des Bundesarbeitskreises Wohnungslosenhilfe im Jahr 1985 wirkte Maria Hassemer-Kraus ebenfalls mit und wurde später stellvertretende Bundesvorsitzende. Im Jahr 1996 hat sie die Geschäftsführung der ambulanten Hilfen in Stuttgart übernommen. StZ